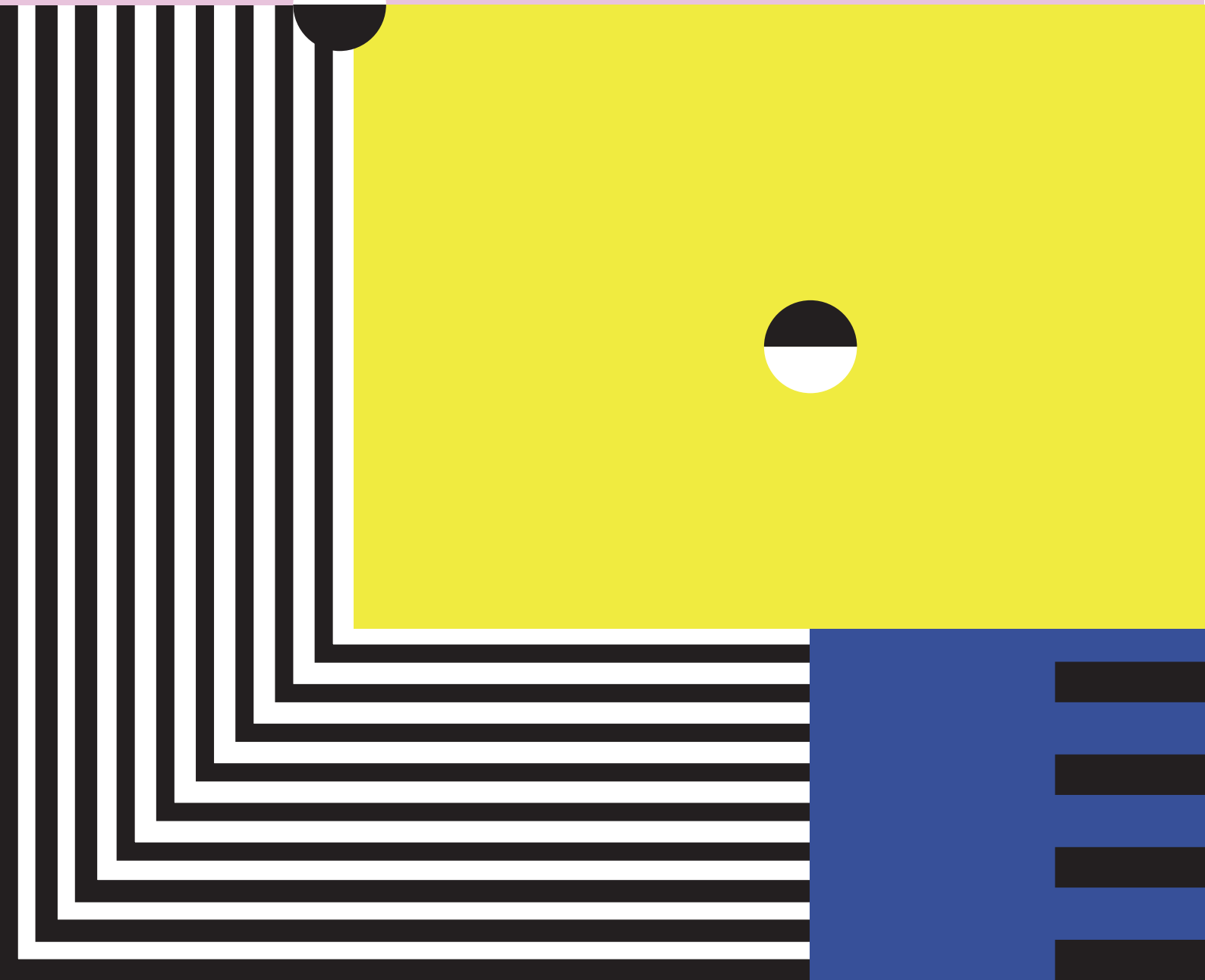


CHRONIK

rechter und rassistischer Vorfälle

FFO 2022



Impressum

Utopia e.V.
vertreten durch den Vorstand
Berliner Straße 24
15230 Frankfurt (Oder)

Mail: utopia-ffo@riseup.net
Tel: +49 163 1556003

Auflage: 500 Stück
Stand: 31.12.2022



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

- 01 Einleitung
- 02 Warum diese Broschüre erstellt wurde
- 04 Einordnung der Kategorien
- 05 Die Berliner Registerstellen
- 07 Was die „Montagsdemonstrationen“ mit extremen Rechten zu Tun haben
- 10 Rassismus und "Geteilte Menschlichkeit erleben" an der Viadrina Universität
- 11 Antislawischer Rassismus
- 13 PRIDE
- 15 Die extreme Rechte in Frankfurt (Oder) im Jahr 2022
- 17 Chronik rechter und rassistischer Vorfälle in Frankfurt (Oder) 2022

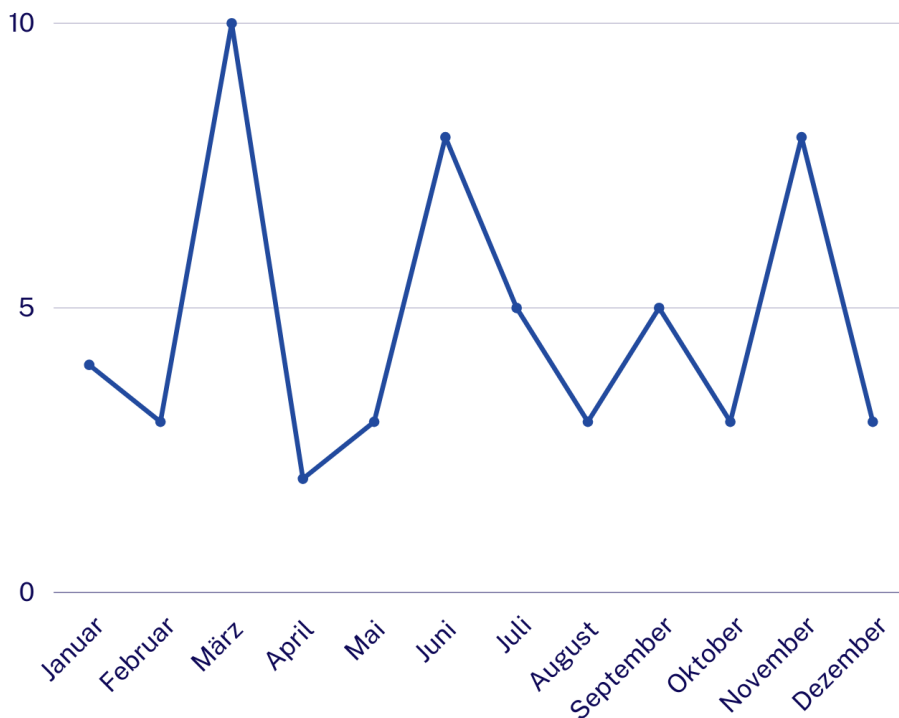
Einleitung

Rechte und rassistische Übergriffe sind für viele Menschen alltäglicher Bestandteil ihres Lebens. BIPoC¹, LGBTQIA+², be_hinderte Menschen³, obdachlose Menschen, Jüd*innen oder politisch Andersdenkende sind besonders häufig betroffen oder Ziel solcher Übergriffe. Die Vorfälle - ob Bedrohungen, Beleidigungen, Angriffe oder Propagandadelikte - geschehen aufgrund des unveränderbaren Aussehens oder der Einstellung der Betroffenen. Diese Taten sorgen über den einzelnen Vorfall hinaus für eine menschenfeindliche und gewaltvolle Ausgrenzung ganzer Gruppen von Menschen. Viel zu oft werden solche rechten oder rassistischen Taten weder erfasst noch verfolgt. Im Gegenteil - rechte und rassistische Übergriffe und Strukturen werden noch immer verharmlost und geleugnet.

Diese Broschüre soll auch den Betroffenen und Unterstützenden eine Plattform geben. Durch die Beiträge und Artikel von verschiedenen Stellen und Personen versuchen wir, ein möglichst umfangreiches Bild von rechten Vorfällen, Strukturen und Dynamiken sowie den Folgen auf Betroffene sichtbar zu machen. Wir freuen uns sehr darüber so viele verschiedene Perspektiven in der diesjährigen Ausgabe veröffentlichen zu können.

Vielen Dank an unsere Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen: die Opferperspektive Brandenburg e.V., das Berliner Register, Majeed Behzad, die antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt Oder, Maik für das Bündnis Frankfurt Slubice PRIDE, Mohammad Arafat Intisher und alle weiteren Akteur*innen, die uns bei der Zusammenstellung geholfen haben!

Anzahl der Fälle pro Monat



Gesamtanzahl der Fälle: 57

Diese Broschüre und die beinhaltete Chronik sollen helfen, diese Zustände zu ändern. Es muss genauer hingeschaut und benannt werden, was Betroffenen in Frankfurt (Oder) passiert. Deshalb haben wir 2021 das Projekt gegründet und eine erste Broschüre verfasst. In diesem Jahr haben wir unsere Meldestelle verstetigt und eine beständige Meldestruktur⁴ für rechte Vorfälle in Frankfurt (Oder) geschaffen.

1 BIPoC steht für Black, Indigenous, People (Plural) / Person (Singular) of Color (dt.: Schwarze, Indigene, People/ Person of Color). Die Begriffe sind politische Selbstbezeichnungen von Menschen, die rassistisch diskriminiert werden.

2 LGBTQIA+ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer, Inter, Agendered/Asexuell/Aromantic + alle anderen, sich der queeren Community zugehörig fühlenden Menschen.

3 Wir verwenden hier die Bezeichnung „be_hinderter Mensch“. Durch das Adjektiv „be_hindert“ vor dem Wort „Mensch“ soll deutlich gemacht werden, dass die Be_hinderung lediglich eine von vielen Eigenschaften ist, die der be_hinderte Mensch hat. Der Unterstrich dient dazu, auch in der Sprache zu verdeutlichen, dass Menschen nicht behindert sind, sondern behindert werden – durch die Rahmenbedingungen in denen wir leben und die (oft unsichtbaren) Barrieren in den Räumen und Köpfen der Gesellschaft. Die Diskriminierung be_hinderter Menschen aufgrund ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten oder die Reduzierung eines Menschen auf seine Be_hinderung nennt sich Ableismus. is.gd/cY1Wma zuletzt aufgerufen am 06.12.22

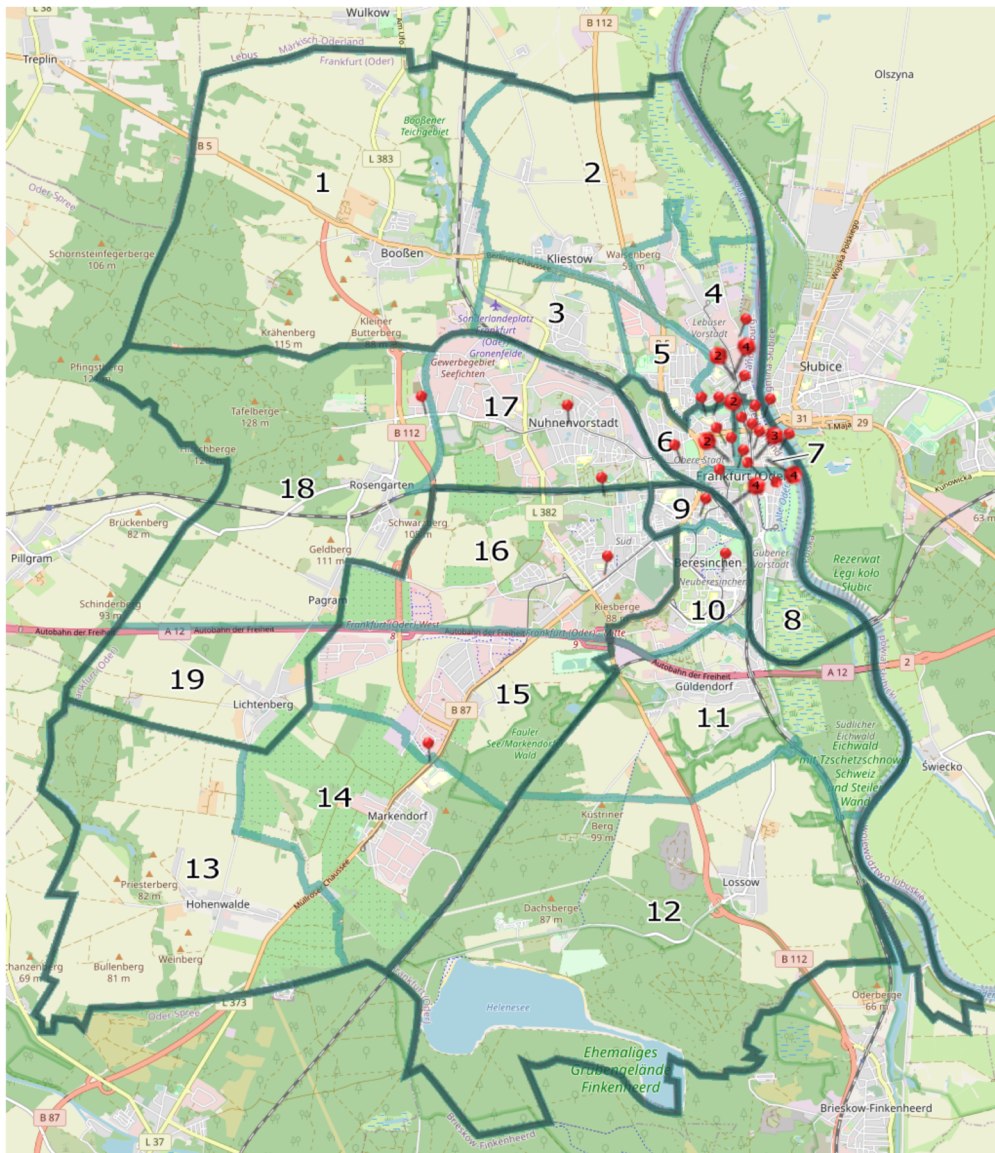
4 Eine Kontaktadresse findet ihr auf der letzten Seite.

Warum diese Broschüre erstellt wurde

Es kommt es nach wie vor regelmäßig zu rechten Vorfällen, Übergriffen und Diskriminierungen. Diese finden jedoch selten den Weg in die breite Öffentlichkeit, sondern verschwinden schnell hinter Paywalls und aus den Köpfen der Zivilgesellschaft. Sie werden zu einer Randnotiz. Wir möchten rechte Vorfälle in Frankfurt dokumentieren, um Realitäten sichtbar zu machen und einen Überblick über rassistische und rechte Vorfälle in der Stadt zu geben. Das Wissen über rechte Entwicklungen, ist unerlässlich, um diesen Punkten entsprechend zu begegnen.

Ein Hauptbestandteil rechter Taten ist die Einschüchterung von potenziell Betroffenen. Aggressivität, Gewalt und Kampf sind dabei nicht nur Mittel zum Zweck der Durchsetzung der eigenen Interessen und des eigenen Weltbildes, sondern gelten im Rahmen sozialdarwinistischer Überzeugungen, wie des Überlebensrecht des Stärkeren, als natürliches Sozialverhalten und Äußerung besonderer Vitalität. Demnach sind sie ein struktureller Bestandteil rechter Ideologien. Das zeigt sich auch in Frankfurt (Oder), wie sich an zwei besonders gewaltvollen Ereignissen dieses Jahres erkennen lässt. Im Jahr 2022 sind besonders zwei Angriffe auf Akteur*innen der Zivilgesellschaft aufgefallen. Am 18.05.2022 wurde der Verein Slubfurt angegriffen. Die Täter setzten zunächst Gartenmobiliar in Brand und griffen dann Michael Kurzwelly an, Künstler, Initiator und Projektverantwortlicher des Slubfurt e.V., der die Täter verbal konfrontieren wollte. Michael Kurzwelly wurde in

der Folge schwer verletzt. Die Polizei stellte die Ermittlungen zuerst recht zügig wieder ein. Erst durch öffentlichen Druck ließen die Beamten nochmal dazu motivieren Ihre Ermittlungstätigkeit wieder aufzunehmen.



Nord

- 1 Booßen
- 2 Kliestow
- 3 Klingetal
- 4 Lebuser Vorstadt
- 5 Hansaviertel

Innenstadt

- 6 Obere Stadt
- 7 Stadtmitte
- 8 Gubener Vorstadt

Beresinchen

- 9 Altberesinchen
- 10 Neuberresinchen
- 11 Güldendorf
- 12 Lossow

Süd

- 13 Hohenwalde
- 14 Markendorf
- 15 Markendorf-Siedlung
- 16 Süd

West

- 17 Nuhnenvorstadt
- 18 Rosengarten/Pagram
- 19 Lichtenberg



Sechs weitere Vorfälle betrafen den Bereich der Innenstadt Frankfurt (Oder).



Ein Vorfall betraf den Bereich Frankfurt (Oder) West, der genaue Ort ist unbekannt.



Bei sechs weiteren Vorfällen ist der genaue Ort unbekannt.

Weitere schockierende Vorfälle ereigneten sich im August und November in der Lebuser Vorstadt. Bereits im August beleidigte und bedrohte eine Gruppe Männer Anwohner der Berliner Straße 24/Bergstraße 189, die als politisch Andersdenkende eingeschätzt wurden, mit körperliche Gewalt. Eine der Personen trug dabei ein T-Shirt mit dem Aufdruck der schwarzen Sonne. Am Abend des 12.11.2022 versuchten Personen einer rechtsextremen Gruppe, mutmaßlich der „Wolfsschar“ (wir berichteten 2021), eine Holzterrasse der Flexiblen Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V. im Hinterhof der Berliner Straße 24, in dem auch der Utopia e.V. seinen Vereinssitz hat, anzuzünden. Davor und danach versammelten sich die Täter*innen in der im gleichen Haus gelegenen „Bierbar“. Im weiteren Verlauf des Abends stürmte die aggressiv aufgeladene Gruppe noch einmal den Hinterhof des Hauses, griff Bewohner*innen mit Bierflaschen und Steinen an und versuchte gewaltvoll mehrere Haustüren aufzubrechen. Während des Angriffes erfolgten Hitlergrüße der Angreifenden sowie mehrere antisemitische, sexistische und queerfeindliche Beleidigungen begleitet von schweren Gewaltandrohungen.

Einschüchterung von potenziell Betroffenen geht jedoch auch über solche konkreten Vorfälle hinaus. Unter rechte Vorfälle fallen deshalb nicht nur Angriffe und Pöbeleien, sondern auch Sachbeschädigungen, rechte Veranstaltungen, Schmierereien oder Sticker.

Viele dieser Übergriffe und Vorfälle gelangen nie in die Öffentlichkeit. Nur ein geringer Anteil wird polizeilich und statistisch erfasst. Die Problematik ist nicht neu, genauso wenig sind es zivilgesellschaftliche Antworten. Seit den 90er Jahren wird in Brandenburg eine eigene Statistik über rechte Gewaltdelikte von der Opferperspektive geführt.

Darüber hinaus gibt es in vielen Landkreisen Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, die sich um die Beratung und Unterstützung von Betroffenen und die Erfassung von Vorfällen kümmern. Wir möchten versuchen, diese Datenlücken zwischen offiziellen Statistiken und der Realität vieler Menschen in Frankfurt (Oder) wieder zu schließen.

Dafür haben wir uns auch für das Jahr 2022 wieder als Redaktionsgruppe zusammengetan, um vorhandenes Wissen über rechte und rassistische Vorfälle zusammenzutragen.

Als rechte und rassistische Vorfälle wurden Veranstaltungen, Übergriffe und weitere Delikte erfasst, bei denen sich ein rechtes Tatmotiv belegen lässt. Alle Vorfälle wurden im auf der Grundlage von Presseartikeln, Polizeimeldungen, den Meldungen von Betroffenen oder Zeugen zusammengetragen. Es wurden, zum ersten Mal für Frankfurt (Oder), rechte und rassistische Vorfälle systematisch während des

ganzen Jahres erfasst. Die Meldestelle betreut hierfür Kontaktadressen, ist ansprechbar und vermittelt betroffene Personen an Beratungs- und Unterstützungsstellen. Die Chronik erhebt dennoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Erweiternd zum vergangenen Jahr möchten wir an dieser Stelle auch einen kurzen Blick auf Vorfälle im Internet, insbesondere in Social-Media Plattformen werden. Das Dokumentieren von jedweden diskriminierenden Vorfällen im Internet gestaltet sich aus unterschiedlichen Gründen schwierig. Aufgrund der halböffentlichen Form vieler Gruppen und Diskussionsorte sowie der möglichen Anonymität können eine Mehrheit der veröffentlichten Inhalte nur von einer Teilöffentlichkeit eingesehen werden. Ferner ist die Sensibilität für extrem rechte oder rassistische Aussagen und das Zuständigkeitsgefühl für Gegenrede nach wie vor relativ gering.

Besonders im Rahmen der städtischen Zivilgesellschaft, die sich über unterschiedliche soziale Medien über das städtische Geschehen austauscht, tauchen regelmäßig rassistische und rechte Positionen auf.

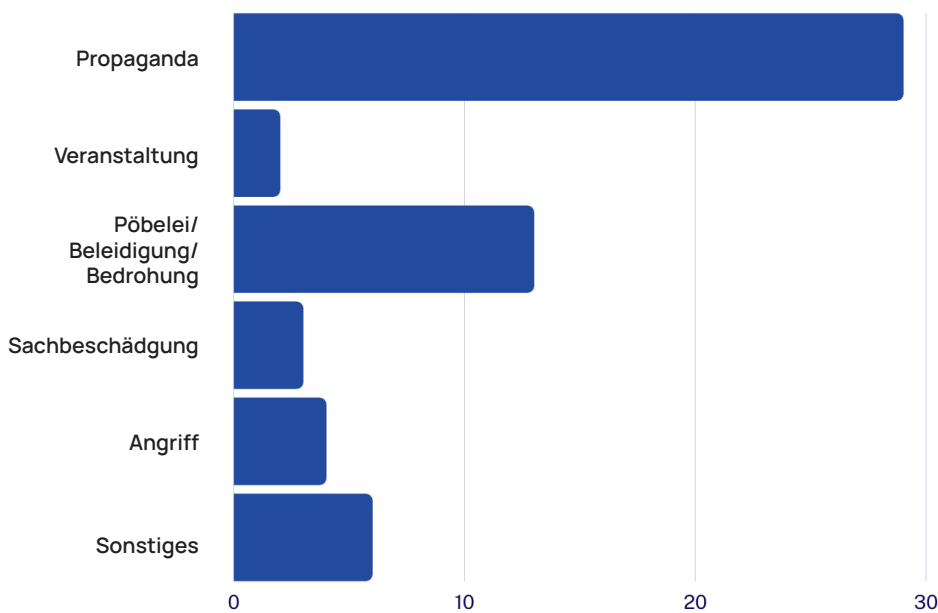
Beispielhaft lässt sich hier ein Vorfall nennen: das Bekleidungsgeschäft Orsay hatte einem jungen Mädchen eine Praktikumsstelle in der Filiale im Oderturm aufgrund des Kopftuchs, dass sie trug, verwehrt. In Folge dieses Vorfalls mit antimuslimischem Rassismus als Hintergrund, kam es auch in der Diskussion und Kommentierung in sozialen Medien wie Facebook zu rassistischen und rechten Äußerungen. Es ist deshalb umso wichtiger, das Bewusstsein zu schärfen und auch online als demokratische Zivilgesellschaft wachsam zu bleiben und Gegenrede zu leisten! Die Meldestelle ist auch hierfür erreichbar und versucht in Zukunft eine erweiterte Übersicht festzuhalten.

Eine umfassenden Einführung über die Auswirkungen von Hate-Speech und rassistischen Aussagen im Internet hat die Amadeu Antonio Stiftung unter [is.gd/fOMKZJ](https://www.aastiftung.de/is/gd/fOMKZJ)

Diese Chronik erfüllt die Funktion auf bestehende Vorfälle und ihre Stellvertretung für unbekannt weitere hinzuweisen und die Existenz dieser zu verdeutlichen. Die Meldestelle erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und weist auf die dennoch überwiegende Dunkelziffer hin. Die begleitenden Artikel betten die einzelnen Vorfälle in die strukturellen Probleme und Herausforderungen, vor denen wir als demokratische Zivilgesellschaft stehen, ein.

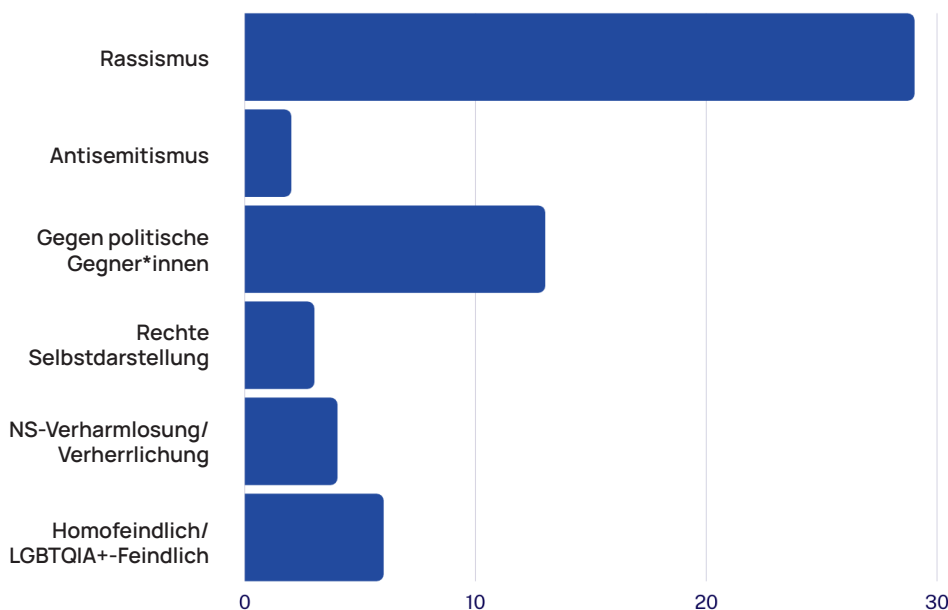
Einordnung der Kategorien

Die rechten und rassistischen Vorfälle in Frankfurt (Oder) für das Jahr 2022 werden in der Chronik in Vorfallsart und Tatmotiv kategorisiert. Um die Vorfälle grafisch besser darstellen und erfassen zu können, hat sich die Redaktion dazu entschieden, jedem Vorfall nur je ein Tatmotiv und eine Vorfallsart zuzuordnen, auch wenn (gerade bei den Tatmotiven) an einigen Stellen mehrere Kategorien zutreffen würden.



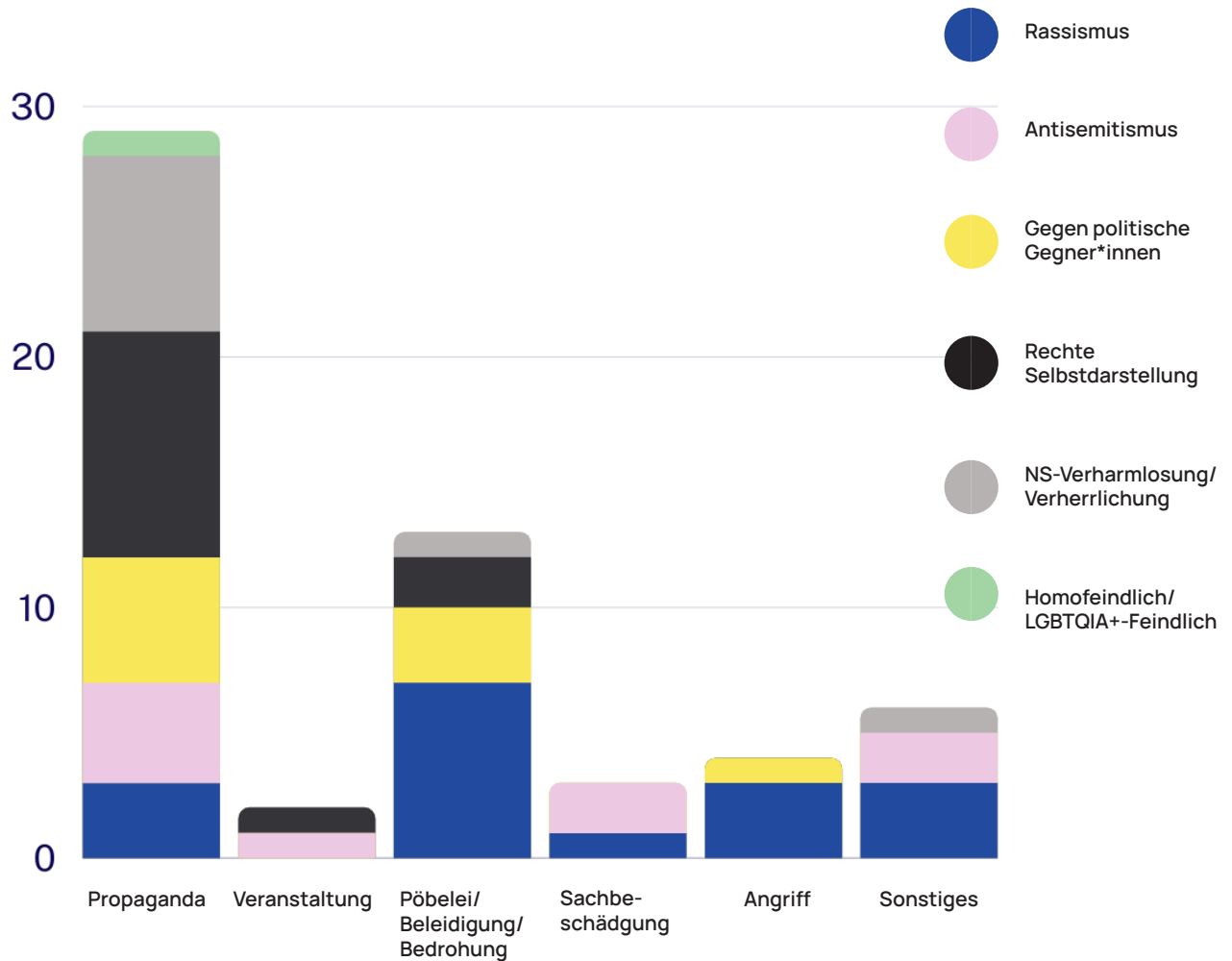
Art der Vorfälle

Zu den Vorfallsarten zählen die Kategorien Propaganda, Veranstaltung, Pöbelei/ Beleidigung/ Bedrohung, Sachbeschädigung und Angriff. Unter die Kategorie Propaganda fallen beispielsweise das Kleben von Stickern, das Anbringen von Schmiere-reien, oder das Verteilen von Flyern/ Broschüren/ Postkarten etc. mit rechten Inhalten. Die Kategorie Veranstaltung umfasst Demonstrationen, Kundgebungen, Stammtische und andere organisierte Treffen (extrem) rechter, rassistischer Akteur*innen. Verbale Angriffe fallen unter die Kategorie Pöbelei/ Beleidigung/ Bedrohung, physische Angriffe unter die Kategorie Angriff. Die Kategorie Sachbeschädigung orientiert sich an der gesetzlichen Definition.



Inhaltliche Zuordnung der Vorfälle

Die inhaltlichen Kategorien, also die Tatmotive, sind unterteilt in Rassismus, Antisemitismus, gegen politische Gegner*innen, rechte Selbstdarstellung, NS-Verharmlosung / Verherrlichung und Homofeindlichkeit/LGBTQIA+-Feindlichkeit.



Die Berliner Registerstellen

von der Idee zum
nützlichen Werkzeug

Kati Becker

Koordination der Berliner Register

Der Aufbau von Dokumentationsstellen ist langwierig und mühsam. Dass es sich lohnt, sich auf diesen Weg zu machen, zeigt die Entstehung und Entwicklung der Berliner Registerstellen.

Die Idee

Im Berliner Bezirk Pankow entstand auf Initiative der Netzwerkstelle [Moskito] und der Opferberatungsstelle ReachOut im Jahr 2005 die erste Registerstelle. Zu dieser Zeit existierte in den Ostberliner Stadtbezirken eine aktive rechte Szene, die sich in kameradschaftsähnlichen Strukturen organisierte. Menschen, die sich dagegen engagierten, hatten das Problem, dass das Ausmaß und die Relevanz von rechter Gewalt unterschätzt oder geleugnet wurde. Mit der Erfassung und Veröffentlichung von Vorfällen, die die Aktivitäten der extremen Rechten im Bezirk auflisteten und rassistische Diskriminierung im Alltag sichtbar machten, sollte den Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Diskriminierung und Gewalt, Gehör und Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verschafft werden.

Die Anfänge

Die Lokalpolitik in Pankow unterstützte das Vorhaben einer Registerstelle und förderte das Projekt. Ab 2006 folgten weitere Registerstellen in den Ostberliner Bezirken, die dort an demokratiefördernde Projekte angebunden waren. Mit den Jahren begannen die einzelnen Dokumentationsstellen, sich zu vernetzen. Die erste gemeinsame Vorstellung von Ergebnissen in Form einer Pressekonferenz fand 2010 statt. Die Dokumentation der Vorfälle in unterschiedlichen Bezirken machte lokale Schwerpunkte und die Aktivitäten der extremen Rechten sichtbar und die Ergebnisse aus der Auswertung der Vorfälle wurden für die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen (heute Partnerschaften für Demokratie) genutzt. Probleme in einzelnen Sozialräumen konnten anhand statistischer Daten beschrieben werden und anhand dessen wurden von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Lokalpolitiker*innen Maßnahmen entwickelt, um rechte und rassistische Mobilisierungen einzudämmen.

Auswertung beschreibt gesellschaftliche Entwicklung

Acht Jahre nachdem das erste Register entstanden war, im Jahr 2013, finanzierte das Land Berlin erstmalig mit einem kleinen Betrag die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für die bestehenden Registerstellen. Es entstand eine Internetseite, eine Datenbank und es wurden gemeinsame Kategorien für die Zuordnung der Vorfälle gefunden. Dadurch waren Vergleiche zwischen den Bezirken und den vorhergehenden Jahren möglich. Die Daten der Registerstellen wurden aussagekräftiger. Ab 2014 standen Landesmittel zur Verfügung, um in allen zwölf Berliner Bezirken Registerstellen aufzubauen. 2017 ging die letzte Registerstelle an den Start. Seitdem arbeitet das Netzwerk flächendeckend. Die Finanzierung der Registerstellen war bis zum Jahr 2019 nicht auskömmlich. Das heißt, dass die Mittel für ca. zehn Arbeitsstunden pro Woche und Bezirk ausreichten. Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit war unter diesen Bedingungen nur eingeschränkt möglich. Die Zahl der dokumentierten Vorfälle stagnierte bei ca. 3000 pro Jahr, wobei sich die inhaltlichen Schwerpunkte verschoben.

Der Aufbau in ganz Berlin

Bis Mitte der 2010er Jahre waren die Vorfallszahlen in den Kategorien hoch, die die rechte Szene verursacht hatte. Dazu zählten die Verharmlosung des Holocaust, die Selbstdarstellung rechter Organisationen und die Einschüchterung politischer Gegner*innen. Mit dem Zuzug geflüchteter Menschen nach Deutschland und ihrer Unterbringung in Massenunterkünften, begann die rechte Szene dagegen

zu mobilisieren. In Berlin veranstalteten die NPD und Aktivist*innen der kameradschaftsnahen Strukturen mehrmals wöchentlich Kundgebungen und Demonstrationen. Unterstützer*innen der Geflüchteten wurden an vielen Orten mit Gewalt und Drohungen überzogen. Dies spiegelte sich in den Registerzahlen wider. Von 2014 zu 2015 verdoppelte sich die Zahl rassistischer Vorfälle von ca. 470 auf 950. Sozialarbeiter*innen, Willkommensinitiativen und soziale Einrichtungen begannen damit, die Anfeindungen an die Registerstellen weiterzuleiten. Die Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene wurde verstärkt und die Zahl der Meldungen nahm zu. Durch die gemeinsame Erfassung und Auswertung der vergleichbaren Daten aus allen Bezirken können mittlerweile gesellschaftliche Entwicklungen in Berlin beschrieben werden, und sie können mit Phasen aus den Vorjahren verglichen werden.

Registerstellen als Sprachrohr und Informationsquelle

Heute, 18 Jahre nach Entstehung der ersten Registerstelle, sind positive Effekte der Dokumentation zu sehen, die im Jahr 2005 nur eine Wunschvorstellung waren. Im Jahr 2021 konnten fast 5000 Vorfälle in ganz Berlin dokumentiert und ausgewertet werden. Einmal jährlich erscheint ein „Jahresbericht“ mit Analysen aus allen Bezirken. Es gibt berlinweit mehr als 150 Anlaufstellen für die Erfassung von Registerfällen. In vielen Bezirken arbeitet die Lokalpolitik mit den Ergebnissen der Registerstelle, und auch die Landespolitik greift auf die zivilgesellschaftlichen Erkenntnisse zurück. Es sind unterschiedliche communityspezifische Beratungs- und Dokumentationsstellen entstanden, die Betroffene rassistischer, antisemitischer, lgbtiq*- und behindertenfeindlicher Diskriminierung und Gewalt dabei unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen. Die Abwertung von Menschen und ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft werden nicht mehr hingenommen, sondern öffentlich thematisiert. Politik, Verwaltung, Presse und Wissenschaft interessiert sich für die Ergebnisse. Und das Wichtigste ist, dass niemand mit den Unrecht, das passiert ist, alleingelassen wird.



Foto: Berliner Registerstelle

Was die „Montagsdemonstrationen“ mit extremen Rechten zu Tun haben

Obwohl in diesem Jahr keine eindeutig und offen extrem rechten Kundgebungen oder Demonstrationen in Frankfurt (Oder) erfasst wurden, kam es zu mehr erfassbaren Vorfällen aus und durch Versammlungsgeschehen. Dabei handelt es sich um die „Montagsdemonstrationen“ oder „Montagsspaziergänge“, welche auf die sog. „Bürgerliche Mitte“ ausgerichtet sind und stets Partei- und Ideologieoffenheit betonen. Hier gilt es zu problematisieren, dass keine Abgrenzung zu menschenfeindlichen Ideologien erfolgt. Besonders durch die anfangs noch unscheinbaren „Spaziergänge“, in denen keine Transparente hochgehalten wurden, keine Sprechchöre gerufen wurden – außer Lieder in denen an irgendeiner Stelle das Wort Freiheit vorkommt – und keine Reden gehalten wurden, konnten sich dort bereits mitlaufende Personen des extrem rechten Spektrums als „normale Bürger und Bürgerinnen“ tarnen, die „nur Ängste und Sorgen haben“. Demzufolge ist es geboten die wöchentlich stattfindenden „Montagsdemonstrationen“ oder „Montagsspaziergänge“ auf etwaige extrem rechte Beteiligung oder Organisation zu untersuchen. Da diese Personen aber bis dato nicht dem Organisationsumfeld der Demonstrationen zugeordnet werden konnten, werden die „Spaziergänge“, aber auch die seit Sommer 2022 stattfindenden „Montagsdemonstrationen“, nur in der Chronik dieser Broschüre aufgeführt, sofern sie nachweislich Ort für extrem rechte Vorfälle oder Taten waren.

Die sog. „Montagsdemonstrationen“ sind ein direkter Nachfolger der „Montagsspaziergänge“, die ungefähr seit Ende 2021 bis Juli 2022 in Frankfurt (Oder) durchgeführt wurden. Dafür sprechen nicht nur die gleiche Demonstrationszeit, der gleiche Demonstrationsort, fast identische Demonstrationsrouten und die anfänglich gleichen Inhalte, sondern auch die gleichen Organisator*innen und Verbreitungskanäle. Zeitweise zogen Hunderte Frankfurter*innen auf den „Spaziergängen“ durch die Stadt.¹ Auf mehreren Telegram- und Facebookseiten wurde in Frankfurt (Oder) und Umgebung dazu aufgerufen, sich den „Spaziergängen“ anzuschließen, darunter auf der rechtsgerichteten Facebookseite „Pro Frankfurt“ und auf dem Telegram-Kanal der verfassungsfeindlichen „NPD Frankfurt (Oder)“.² Die meiste Bewerbung gab es aber auf dem Telegram-Kanal der Gruppe „Frankfurter Freigeister“, welche die „Montagsdemonstrationen“ organisiert und allem Anschein nach auch für die Organisation der sog. „Spaziergänge“ gesorgt hat. So

waren die „Frankfurter Freigeister“ stets die Ersten, die Aufrufe für die Spaziergänge in ihrem Kanal teilten und als im Juli 2022 der erste „Spaziergang“ als angemeldete Demonstration durchgeführt wurde, war der Anmelder den „Frankfurter Freigeistern“ zuzuordnen.³

Die „Frankfurter Freigeister“ erregten bereits Anfang 2021 Aufmerksamkeit durch ein Video⁴, in welchem sie, natürlich ohne Genehmigung, einen Pfahl auf einem Kinderspielplatz im Stadtwald von Frankfurt (Oder) errichteten, der als Säulendiagramm zur Darstellung der Pandemie fungieren sollte. In dann folgenden Sprachbeiträgen verbreiteten die „Frankfurter Freigeister“ mehrere Falschaussagen sowie irreführende Aussagen bzgl. der Corona-Pandemie.⁵ Weitere Aufmerksamkeit erregte die Gruppe, die aus ca. 20 – 50 Leuten besteht, durch eine Kranzniederlegung im „Gedenken an die Demokratie“ vor dem Gebäude der Stadtverwaltung in Frankfurt (Oder)⁶ und durch die personen- und lautstarke Beteiligung an einer vom RBB veranstalteten Diskussionsrunde zur aktuellen Lage am 18.10.2022⁷. Hier fielen die Personen, die den sog. Montagsdemonstrationen zugewiesen werden konnten, als äußerst aggressiv auf, störten den Dialog zwischen den verschiedenen Akteur*innen und schüchternen Gesprächsteilnehmer*innen ein. Eine besonders feindliche Stimmung äußerten sie gegenüber Politiker*innen progressiver Parteien, insbesondere der einzigen weiblichen Politikerin Antje Kapek auf dem Podium und dem Rechtsextremismusforscher Olaf Sundermeyer. Hier zeigen sich Parallelen zu rechten Akteur*innen, denn Wissenschaftsfeindlichkeit, v.a. bei Forschung zu rechter Agitation und Feindlichkeit gegenüber einem diversen Parteienspektrum sowie politischen Gegner*innen, sind zentrale Elemente rechter Ideologien. Auch zeigte sich, dass es ihnen in dem so oft geforderten Dialog augenscheinlich nicht um Fakten ging, was diesen verunmöglicht, sondern um „emotionales Wissen, welches einfache Welterklärungen verspricht und simple Selbstvergewisserungsangebote macht.“⁸ Eine weitere Überschneidung mit rechten Ideologien stellt der antisemitische Gehalt der Verschwörungsmysmen dar, die bereits auf den sog. Montagsdemonstrationen und den mit ihnen in Verbindung zu bringenden Veranstaltungen geäußert wurden. Beispielhaft lassen sich hier Plakate nennen, die den Verschwörungsmythos des „Great Reset“ verbreiten. Dahinter steckt der Glaube an eine globale Elite mit

einem geheimen Plan, die weiße, christliche Bevölkerung durch Masseneinwanderung von nicht-weißen oder muslimischen Menschen zu ersetzen und zu vernichten. Die globale Elite wird dabei als jüdisch bezeichnet und bezieht sich somit auf den altbekannten Verschwörungsmythos einer vermeintlichen "jüdischen Weltverschwörung". Verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur*innen und staatliche Stellen vertreten die Position, dass auch darüber hinaus allen Verschwörungsmythos ein antisemitisches Strukturelement beiwohnt, da Antisemitismus die Urform aller Verschwörungsmythos darstellt und alle anderen Erzählungen über Verschwörungen auf dieser Urform aufbauen. Bei Reden und Einzelgesprächen, in denen Verschwörungserzählungen verbreitet werden, wohnt nach dieser Ansicht auch stets ein struktureller Antisemitismus bei.⁹ Es werden stets gleiche Stereotype verwendet, mit denen die Weltverschwörer*innen beschrieben werden (hinterlistig, gierig, blutrünstig, bösartig, manipulativ; Kontrolle über Wirtschaft, Politik, Medien, Kultur, Bildung etc.). Erzählt wird ein Kampf der (unterdrückten) „Guten“ gegen die „Verschwörung“, die Bösen, wobei jegliche Komplexität ausgeschlossen wird. Durch die Schaffung dieser klaren Gegensätze wird die Verantwortung den konstruierten Bösen zugewiesen und die eigene Position und Verantwortung in gesamtgesellschaftlichen Konflikten und (systemischen) Ungerechtigkeiten abgewiesen.¹⁰ Diesen Verschwörungsmythos wohnt die Gefahr inne, dass der gesehene (aber nicht existente) Kampf in realen, gewaltvollen Taten ausgeübt wird.

Im Laufe der Zeit ist die AfD zum festen Bestandteil der „Montagsdemonstrationen“ geworden. Verschiedene AfD-Parteimitglieder laufen seit den ersten „Spaziergängen“ mit, so u.a. Michael Laurisch¹¹, welcher vor Ort nachweislich Fake-News verbreitet hat. Auch Wilko Möller, Mitglied des Brandenburgischen Landtages, ist regelmäßig dabei, und hält seit einigen Monaten politische Reden, u.a. über die „Migrationspolitik“ seit der Wiedervereinigung.¹² Neben Redebeiträgen der AfD gibt es regelmäßig auch Redebeiträge von Einzelpersonen, welche eindeutig eine extrem rechte Gesinnung erkennen lassen. So verbreitete Hauptredner Ingo Passow Gedankengut aus der sog. „Reichsbürger“-Bewegung¹³ und ein Gastredner behauptete, dass der Oberbürgermeister René Wilke vorhabe, „100.000 Migranten“ in Frankfurt (Oder) anzusiedeln, weshalb er den Rücktritt des Oberbürgermeisters fordere (s. Great Reset)¹⁴. Es laufen regelmäßig stadtbekannte Neonazis mit und auch die Position der Ordner*innen wurde mindestens in einem aufgezeichneten Fall von Personen besetzt, die Erkennungszeichen der Extremen Rechten getragen haben. Darüber hinaus sind mehrfach Transparente zu sehen gewesen, auf denen es hieß „Ampel ausschalten!“ und darauf aufbauend „Wenn die Ampel kaputt ist, gilt rechts vor links!“ Auf mehreren Demonstrationen waren Fahnen mit dem Aufspruch „Widerstand lässt sich nicht verbieten!“ in altdeutscher Schrift zu erkennen, welche ebenfalls der „Reichsbürger“-Bewegung zugeordnet werden können¹⁵, sowie selbstgebastelte Schilder mit der Aufschrift „Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich



Foto: Jens Gyarmaty / jensgyarmaty.com

rechtsextrem“¹⁶ Kritik an eigenen rechten Positionen oder fehlender Abgrenzung nach rechts wird hiermit als illegitim gekennzeichnet und abgewehrt.

Auch die Einschränkung von Pressefreiheit bzw. Bedrohung von Journalist*innen sind rechte Strukturelemente, welche auf den sog. Montagsdemonstrationen sowohl in Reden als auch in tätlichen Angriffen mehrfach beobachtet werden konnten¹⁷.

Inhaltlich hat sich der Schwerpunkt im Sommer von der Corona-Pandemie, da es praktisch keine Corona-Beschränkungen mehr gab, hin zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine und zur steigenden Inflation verschoben. Infolge dieser Entwicklung wurden vermehrt ukrainische Geflüchtete am Rande der „Montagsdemonstrationen“ bepöbelt und bedroht.

Es zeigt sich eine strukturelle und personelle Nähe zu rechten Akteur*innen und deren politischer Ideologie, neben Erkennungszeichen und Mitgliedern von verfassungsfeindlichen Parteien wie der NPD Frankfurt (Oder) und der AfD Frankfurt (Oder) werden auf den sog. Montagsdemonstrationen rechte Positionen toleriert, geteilt und bejubelt – unliebsame wissenschaftliche Erkenntnisse werden allerdings ausgebuht und angefeindet. Auch die Diskussionskultur und die tatsächlichen körperlichen Angriffe entsprechen der Couleur der Extremen Rechten. Die Entwicklungen auf den sog. Montagsdemonstrationen gilt es weiterhin zu beobachten und kritisch einzuordnen.



Foto: Jens Gyarmaty / jensgyarmaty.com

Warum eigentlich „Spaziergänge“

Da Ende 2021 Einschränkungen für Versammlungen (u.a. Maskenpflicht und Abstandsregelungen, Obergrenze an Teilnehmenden) und Kontaktbeschränkungen galten, nutzten die Gegner*innen der Corona-Maßnahmen für ihre Demonstrationen einen vermeintlichen Trick. Sie trafen sich zufällig zu Hunderten in der Stadt und gingen zufällig mit Kerzen und LED-Lampen die gleiche Strecke

zusammen durch die Stadt. Rechtlich gesehen handelte es sich zweifelsfrei um Versammlungen, allerdings ist es wohl einer Mischung aus diesem Deckmantel und der Friedlichkeit der ersten „Spaziergänge“ zu verdanken gewesen, dass die Ordnungsbehörden diese Versammlungen nicht aufgelöst haben.

1 MOZ-Artikel vom 20.12.21, is.gd/Bb1uca, zuletzt eingesehen 20.12.22

2 MOZ-Artikel vom 04.01.22, is.gd/CASsdS, zuletzt eingesehen 20.12.22

3 MOZ-Artikel vom 12.07.22, is.gd/OGRHK4, zuletzt eingesehen 20.12.22

4 Youtube-Video der Frankfurter Freigeister, is.gd/NoExcj, zuletzt eingesehen 20.12.22

5 Correctiv-Beitrag vom 12.03.21,

is.gd/MryzMW, zuletzt eingesehen 20.12.22

6 so wie 5

7 taz-Artikel vom 26.11.22, is.gd/bHnTZc, zuletzt eingesehen 20.12.22

8 Krieg, Deborah, Bedrohte Herrenmenschen. Zur Funktion von Antisemitismus und Kolonialrassismus, in Mendel, Meron; Cheema, Saba-Nur; Arnold, Sina (Hg.), Frenemies: Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen, Berlin 2022

9 so u.a. Amadeu Antonio Stiftung, is.gd/SLR5K4, zuletzt eingesehen 20.12.22

10 Messerschmidt, Astrid, Sind Rassismus und Antisemitismus Formen von Diskriminierung? Zwischen Unschuld und Überlegenheit – Antisemitismus und Rassismus als Weltbilder, in: Mendel, Meron; Cheema, Saba-Nur; Arnold, Sina (Hg.), Frenemies: Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen, Berlin 2022

11 Oderwelle-Video vom 20.12.21, is.gd/P0ptZH, zuletzt eingesehen 20.12.22

12 MOZ-Artikel vom 18.10.22, is.gd/4aH6vX, zuletzt eingesehen 20.12.22

13 MOZ-Artikel vom 03.10.22, is.gd/ttGHjv, zuletzt eingesehen 20.12.22

14 so wie 12

15 so wie 7

16 Oderwelle-Artikel vom 19.07.22, is.gd/qluOZu

17 so wie 16

RASSISMUS UND "GETEILTE MENSCHLICHKEIT ERLEBEN" AN DER VIADRINA UNIVERSITÄT

Eine Veranstaltung des AStA /
Ein Erfahrungsbericht

Mohammad Arafat

Intisher (Antirassismus-Referent des AStA Viadrina)

Viele Menschen in Deutschland haben nicht über Rassismus nachgedacht oder konnten es sich leisten, nicht darüber nachzudenken", deutete Christian Kopp, ein Historiker der deutschen Kolonialvergangenheit, in einem Interview mit der New York Times aus dem Jahr 2020 den (verschlossenen) Stand der Diskussion um Rassismus in Deutschland an. Zu dieser Zeit (2020) bereitete ich mich darauf vor, für mein Studium nach Deutschland zu ziehen, und wie viele andere Menschen hielt auch ich diese Aussage über Deutschland für stark übertrieben. Erstens hat sich die Situation in Deutschland seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts und besonders in den letzten Jahrzehnten enorm verbessert. Zweitens garantiert das deutsche Grundgesetz Gleichheit und verbietet rassistische Diskriminierung für alle Einwohner*innen. Drittens nahm Deutschland eine Führungsrolle während der Fluchtbewegungen in 2015 ein, indem es vielen Geflüchteten die Tür öffnete, während sich die meisten führenden Politiker der Welt hinter ihren Schreibtischen versteckten. Daher habe ich Rassismus mit den USA, dem Vereinigten Königreich oder Frankreich in Verbindung gebracht, nicht aber mit dem neuen Deutschland. Vielmehr war Deutschland das einzige Land, das meinen "europäischen Traum" verkörperte. Nach Rifkin (2004) zeichne sich der europäische Traum durch kollektive Sicherheit durch Verbundenheit und die Achtung der Menschenrechte aus ¹.

Um ehrlich zu sein, bin ich in Deutschland bis jetzt noch keiner Diskriminierung zum Opfer gefallen. Doch das ist nur eine Frage meines Glücks. Denn die steigenden Zahlen diskriminierender Vorfälle deuten darauf hin, dass die Intoleranz in der deutschen Gesellschaft in alarmierendem Maße zunimmt. Mehr als die Hälfte der politisch motivierten Straftaten in Deutschland im Jahr 2019 wurden laut Bundeskriminalamt mit rechtsextremer Motivation begangen ². In einer solchen gesellschaftlichen Realität braucht es Initiativen, die den Diskurs über Ungleichheit erleichtern - was für die Menschen in unserer Gesellschaft hilfreich sein könnte, um die Perspektiven anderer besser zu verstehen. Mit einer ähnlichen Vision organisierten das Gleichstellungsbüro der Europa-Universität Viadrina, der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) und das Verbündungshaus Fforst die "Shared Humanity Experience". Das Hauptaugenmerk der Initiative lag darauf, einen sicheren Raum für die Studierenden zu schaffen, in dem sie sich über ihre Ansichten und Erfahrungen

mit Diskriminierung austauschen konnten.

Ein Teilnehmer sprach an, dass er nach einer solchen Plattform gesucht habe, seit er sich zum ersten Mal in seinem Leben diskriminiert fühlte, und dass die offene Diskussion ihn widerstandsfähiger gegen solche Vorfälle gemacht habe. Eine andere Teilnehmerin sei an der Universität und in der Stadt Frankfurt (Oder) mehrfach diskriminierendem Verhalten ausgesetzt gewesen, für das sie ihren kulturellen Hintergrund und ihre Hautfarbe verantwortlich machte. Es herrschte Einigkeit darüber, dass Ungleichheit ein globales Problem ist und Menschen darunter leiden, unabhängig davon, ob sie im In- oder Ausland leben. Es kann nicht sein, dass wir taub und blind bleiben für Ungleichbehandlungen in unserer deutschen Gesellschaft. In einer 1:1-Diskussion zog ich eine Karte mit der Frage, ob ich mir einen Ort vorstellen könnte, an dem ich mich wohlfühle, andere Teilnehmer*innen aber nicht. Als Mann konnte ich mir keinen Ort vorstellen, an dem ich mich unwohl fühlen könnte. Die weibliche Teilnehmerin hingegen konnte viele Beispiele für unangenehme Situationen und Erfahrungen nennen, ohne dass sie viel nachdenken musste. Dies ist eines von vielen Beispielen, die die Blackbox-Natur (ein Phänomen, bei dem es nicht verständlich ist, wie etwas funktioniert, obwohl man glaubt, dass es anders ist) unserer Gesellschaft zeigen. Wie erfolgreich sind wir nach Tausenden von Jahren des Fortschritts als Gesellschaften bei der Schaffung einer komfortablen Welt für unsere Frauen?

¹ Jeremy Rifkin:
The European Dream.
How Europe's Vision of the
Future Is Quietly Eclipsing
the American Dream,
Cambridge: polity 2004, XIII
+ 434 S.,
ISBN 0-7456-3425-7

² Anmerkung der Redaktion: Bei Zahlen zu rechten oder rassistischen Taten in Deutschland muss immer die Unvollständigkeit, aufgrund einer hohen Hemmschwelle Taten zu melden, betont werden. Ferner ist auch die Positionierung der jeweiligen Stelle, die die Daten veröffentlicht zu beachten. Wir möchten an dieser Stelle auf die kritische Einordnung des Verbandes für Beratungsstellen verweisen: is.gd/6gtdn

Antislawischer Rassismus

Einführung in die Hintergründe und Wirkungsweisen

Spätestens seit dem 24.02.2022 richten sich in Frankfurt (Oder), wie in den meisten Regionen der Bundesrepublik, die Blicke der Gesellschaft und städtischen Akteure vermehrt nach Osteuropa. Zu den ohnehin schon zahlreichen, vielfältigen Verbindungen der städtischen Bevölkerung zu Menschen aus Polen und weiteren osteuropäischen Ländern kam innerhalb kürzester Zeit ein Transitverkehr von mehreren hundert flüchtenden Menschen aus der Ukraine hinzu. Es entstanden Hilfsinitiativen, Ehrenamtliche versorgten tägliche mehrere Züge voller Menschen, es wurden Wohnungen eingerichtet und Sprachkurse organisiert. Gleichzeitig fanden auch in Frankfurt antiukrainische Anfeindungen statt, vermeintlich russische Menschen wurden beleidigt oder bedroht. Des Weiteren fanden auch in der Frankfurter Stadtgesellschaft Diskussion über legitime und vermeintlich nicht legitime Fluchtgründe statt. Auch wenn sich noch kein Trend abzeichnet, ob dadurch mehr Vorfälle mit antislawischen Hintergrund passieren, möchten wir deshalb dieses Jahr den Blick auf die Mechanismen hinter die Diskriminierungen gegenüber osteuropäischen Menschen legen.

Was ist antislawischer Rassismus?

Bei antislawischen Rassismus, oder auch Antislawismus, handelt es sich um eine Diskriminierungsform bzw. eine Form des Rassismus, die Menschen aufgrund einer vermeintlichen oder selbstgewählten Zugehörigkeit zur sozial konstruierten Gruppe der „Slawen“ erfahren. Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Bezeichnung „Slawen“ um eine soziale bzw. kulturelle Konstruktion handelt.¹ Hierfür werden Mechanismen der Biologisierung genutzt, also die vermeintliche Unterlegenheit von bestimmten Menschengruppen, in diesem Fall der „Slawen“, auf vermeintlich natürliche, physische Unterschiede zurückgeführt. Dabei wird eine Gruppe konstruiert, die entgegen der sehr diversen Realität, fälschlicherweise oft als eine homogene, weiße Gruppe gedacht wird. Diese Menschen sind also mit pauschalen Fremdzuschreibungen konfrontiert, die auf ihre Kultur, Sprache oder ihr Äußeres abzielen und oft mit weiteren Diskriminierungsformen wie Klassismus, Sexismus

oder Antisemitismus zusammenwirken. Dies ist bspw. bei der Vorstellung vom Wodka trinkenden, arbeitslosen Osteuropäer oder der hypersexualisierten osteuropäischen Frau der Fall.²

In der Vergangenheit waren auch oft Menschen, die als sogenannte „Kontingentflüchtlinge“ nach Deutschland gekommen sind, von antislawischem Rassismus betroffen. Da viele dieser Menschen Jüd*innen waren ist Antislawismus in Deutschland oft auch mit Antisemitismus verschränkt. Vielfach ist hiervon auch die erste Nachkommengeneration noch betroffen und begegnet strukturellen Nachteilen in Bildung, Beruf und Alltag.³

Antislawismus begann im deutschsprachigen Raum mit der Abgrenzung von Osteuropa (auch „othering“) zu Zeiten der Aufklärung.⁴ Wie auch in anderen kolonialen Eroberungen ging es dabei um eine Erschließung von Ressourcen, z.B. in Form von Landfläche und Arbeitskräften, die mit der „Zivilisierung“ der Gebiete begründet wurde.

Die germanisierende Siedlungspolitik in den polnischen Teilungsgebieten Preußens, so wie der in der Weimarer Republik propagierte Grenzkolonialismus sind Ausdruck des damals zunehmenden kolonialen deutschen Verhältnisses zu Osteuropa. Die Radikalisierung des Antislawismus geschah hierbei im Zusammenspiel mit anderen Diskriminierungsformen gegenüber Bewohner:innen der Großregion, insbesondere mit dem Antisemitismus (Feindbilder der „Ostjuden“ und des „jüdischen Bolschewismus“) sowie dem Antiziganismus.⁵

Der im NS offen zu Tage tretende antislawische Rassismus, festgehalten im „Generalplan Ost“ des NS-Regimes, stellte den Gipfel deutscher Expansionsprojekte und rassistischer Hierarchisierungen in den Gebieten Osteuropas dar. Die enormen Opferzahlen, neben den in der Shoah ermordeten Jüd*innen, unter der Zivilbevölkerung in der Sowjetunion, in Polen und in Südosteuropa sind nur vor dem rassistischen und antisemitischen Hintergrund zu verstehen.⁶

Auch nach der Befreiung 1945 gab es keine „Stunde Null“, die den Antislawismus beendete. Der breite und nach Osteuropa gerichtete Antikommunismus der BRD sowie die Diskriminierung und Schimpfwörter gegenüber Zugewanderten aus Osteuropa stellen eine Kontinuität des deutschen Antislawismus dar.

Nach wie vor werden osteuropäische Menschen oft aufgrund ihres Aussehens und ihrer Herkunft rassistisch und sexistisch herabgestuft und sind in diesen Folge auch mit struktureller Benachteiligung konfrontiert.⁷

Abgrenzung und Ähnlichkeiten zu anderen Rassismen

Gibt es jetzt also doch Rassismus gegen Weiße? Wie eingangs bereits erläutert, ist die Funktion des Rassismus die Rechtfertigung der Abwertung und Ungleichheit von Menschen auf Basis der Zuschreibung von Eigenschaften, die biologisch begründet werden.

Es handelt sich bei den Begriffen also um soziale Konstrukte, die entsprechend ihrer Funktion gebildet werden. Die Begriffe beziehen sich nicht auf die tatsächliche Hautfarbe, sondern eine bestimmte gesellschaftliche Position, in der die von Rassismus betroffenen Personen vom Konzept des *weiß* seins, und damit von gesellschaftlichen Machtpositionen und Privilegien ausgeschlossen werden.⁸ Je nach historischem und gesellschaftlichem Kontext ist auch die Zugehörigkeit zum *weiß* sein gestaltet, die Definition dieser Begriffe hat sich im Laufe der Zeit verändert. Das bedeutet auch, dass der US-amerikanische Diskurs nicht ohne weiteres auf den europäischen Diskurs übertragen werden kann. Hierbei gilt es die spezifische Geschichte in Bezug auf Rassismus ins Auge zu fassen. So erfolgte die sog. Rassentrennung der Nationalsozialist*innen nicht nur entlang der Gegensätze schwarz/weiß, sondern auch entlang vermeintlich zivilisierter Westeuropäer und den rückständigen, barbarischen Menschen im Osten. Das bedeutet auch heute noch, dass Menschen, die beispielsweise vom Antislawismus betroffen sind, zwar eine „*weiße*“ Hautfarbe haben können, jedoch im Sinne des rassistischen Konzeptes nicht als „*Weiße*“ gelten. Aktuell wird an dieser konstruktivistischen Definition der Begriffe kontrovers diskutiert, ob diese Einteilung im deutschsprachigen Raum in der öffentlichen Diskussion zu Fehlleitungen führt. Zu schnell würden die Begriffe wörtlich ausgelegt und damit Rassismus gegen augenscheinlich *weiße* Menschen unsichtbar machen.^{9,10}

In dem Zuge stellt der Historiker Jannis Panagiotidis von der Universität Wien in Bezug auf Antislawismus fest:

„Durch das Ignorieren der deutschen Gewaltgeschichte im Osten des Kontinents und die Gleichsetzung von Deutschen und Osteuropäer*innen in der heutigen Täterkategorie „weiß“ wird ein zentrales Kapitel der Geschichte des deutschen Kolonialismus und Rassismus ausgeblendet und den betroffenen Menschen die Anerkennung ihrer Erfahrungen mit Rassismus versagt.“

Jannis Panagiotidis, 2022

Für einen weiteren Umgang mit unterschiedlichen Formen von Rassismus müssen diese Gegensätze reflektiert und die Aufmerksamkeit auf die Komplexität und Widersprüchlichkeit unterschiedlicher rassistischer Diskriminierungsmechanismen gelegt werden. Menschen können gleichzeitig von Rassismus betroffen sein und diesen trotzdem ausüben.

Es wird deutlich, wie komplex das Thema ist und wie Rassismen unterschiedlich wirken und begründet sein können. Dabei ist es wichtig keine Konkurrenz zwischen Betroffenen aufzubauen. Wir als Meldestellen sind selbstverständlich auch für Vorfälle mit antislawistischem Hintergrund ansprechbar, vermitteln weiter und erfassen die Vorfälle!

1 Burkhardt, Julia. "Eduard Mühle, Die Slawen im Mittelalter zwischen Idee und Wirklichkeit. Köln, Böhlau 2020" Historische Zeitschrift, vol. 315, no. 3, 2022, pp. 758-760. is.gd/h3PzKC

2 Bundeszentrale für politische Bildung 2022 is.gd/5fNaDB zuletzt eingesehen 13.12.22

3 Erica Zingher in „taz“ is.gd/prP06D zuletzt eingesehen 06.12.22

4 Lary Wolf „Inventing East Europe“ 1994 is.gd/YRCot3 zuletzt eingesehen 06.12.22

5 Hans Christian Petersen & Jannis Panagiotidis 2022 is.gd/2ZXcja zuletzt eingesehen 06.12.2022

6 wie 1

7 Belltower News 2022 is.gd/LIRHG4 zuletzt eingesehen 06.12.22

8 Anna Koemets und Janine Dieckmann is.gd/WkQuWA zuletzt eingesehen 06.12.22

9 Voktoria Morasch in „taz“ is.gd/hslooN zuletzt eingesehen 06.12.22

10 Samira El Ouassil in „der Spiegel“ is.gd/YPQOno zuletzt eingesehen 06.12.22

PRIDE

Maike Dörnfeld

Pressesprecher*in des Frankfurt (Oder)-Slubice-PRIDE



Foto: Peggy Lohse

2022 war, in vielerlei Hinsicht, ein ambivalentes Jahr für die queere Community. Während in Deutschland das Selbstbestimmungsgesetz endlich in greifbare Nähe gerückt ist, mussten wir gleichzeitig beobachten, wie v.a. Transfeindlichkeit immer salonfähiger und verbreiteter wurde. International ist die Lage ähnlich besorgniserregend, auch aufgrund von Gewalttaten und Morden wie in Oslo und zuletzt in den USA. Wie aber ist die Lage lokal in Frankfurt (Oder)? Diesem Thema widmet sich primär die Frankfurt-Slubice-PRIDE, die dieses Jahr zum dritten

Mal stattfand und queeren Menschen aus der Doppelstadt und dem Umland eine Plattform geben möchte, um Forderungen durchzusetzen und Sichtbarkeit zu erreichen. Fast drei Jahre nach Entstehung des Orgateams und der Formulierung erster Forderungen lässt sich eine Zwischenbilanz zur Lage queerer Menschen in Frankfurt ziehen. Dass rechtsextrem motivierte Vorfälle weiterhin nicht selten auftreten, zeigt auch die Fülle dieser Chronik und mag wenig überraschend sein. Tatsächlich sind dabei nur wenig explizit queerfeindliche Taten bekannt. Man könnte also vorschnell urteilen, dass eigentlich alles gut für uns ist - dies wäre aber tatsächlich ein Fehlurteil.

Zunächst muss gesagt werden, dass mit einer hohen Dunkelziffer an queerfeindlichen Vorfällen zu rechnen ist. Die Gründe, warum queerfeindliche Vorfälle nicht gemeldet werden, sind dabei unserer Einschätzung nach vielfältig: Zum einen gibt es eine gewisse Alltäglichkeit queerfeindlicher Microaggressions, die zu einem Gewöhnungseffekt führt. Daher bleiben solche Vorfälle oft unter dem Radar offizieller Meldestellen. Zum anderen lassen sich aber auch Gründe anführen wie Stigmatisierung, (gefühlte) Aussichtslosigkeit, oder Angst vor Konsequenzen: All dies kann dazu führen, dass Menschen, die Opfer von Queerfeindlichkeit werden, zögern oder davon ablassen, besagte Vorfälle auch weiter zu verfolgen, zu melden etc. Auch weitere, persönliche Gründe wie etwa Misstrauen gegenüber der Polizei, gerade bei queeren BIPoC, oder fehlende mentale Kapazitäten und Energie, können sicher genannt werden; die hier begonnene Liste beruht auf eigenen Erfahrungen sowie dem Austausch mit anderen queeren Frankfurter*innen und soll in keiner Weise als abschließend oder vollständig gesehen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die schlichte Abwesenheit von physischer Gewalt alleine garantiert noch kein sicheres Umfeld für queere Menschen. Auch vergleichsweise weniger dramatische Vorfälle, etwa verbale Gewalt wie Beschimpfungen und Beleidigungen, beeinflussen die Atmosphäre in der Stadt aktuell maßgeblich. Erfahrungen dieser Art führen dazu, dass es queeren Menschen schier unmöglich gemacht wird, sich sicher zu fühlen. Gleichzeitig besteht ein konstantes Eskalationspotential: Wer zu

verbaler Gewalt bereit ist und wenig Widerstand erfährt, fühlt sich u.U. bestätigt und greift in Zukunft eher auch zu drastischeren Mitteln. Gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber als harmlos wahrgenommener Queerfeindlichkeit kann daher massiv gefährlich werden.

Nach diesem eher theoretischen Vorbau soll nun jedoch auch auf konkrete Themen eingegangen werden, die uns beschäftigen und die aktuell Probleme in Frankfurt darstellen: Zum einen strukturelle Diskriminierungsmechanismen, zum anderen auch Herausforderungen, die mit der Planung und Umsetzung der PRIDE zusammenhängen.

Strukturell muss zunächst positiv erwähnt werden, dass die PRIDE sowie ihre Ziele und Anliegen durch die lokale Politik größtenteils unterstützt werden (zumindest in Frankfurt - auf Slubicer Seite zeigt sich schon wieder ein anderes Bild). Gleichzeitig ist ein großer Anteil dieser Unterstützung basierend auf schönen Worten und wenig tatsächlichem Handeln und konkreten Plänen. Frankfurt bleibt eine Stadt, in der queere Strukturen quasi nicht vorhanden sind. Wir haben keine Anlaufstellen, keine Unterstützungsangebote, keine Safe Spaces oder Freizeitmöglichkeiten. Queere Menschen und deren Angehörige sind erst einmal auf sich alleine gestellt und müssen sich Hilfe oder Antworten auf Fragen entweder im Internet suchen oder den Gang nach Berlin unternehmen. Vor Ort existiert zwar das Orgateam der PRIDE als Vernetzungsstelle für queere Personen der Doppelstadt, dieses kann und soll eine dauerhafte Anlaufstelle jedoch nicht ersetzen. Idealerweise würde eine solche Anlaufstelle ein breites Angebot an Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten bieten, die das PRIDE-Team aufgrund seiner Existenz als zweckorientierte Orgagruppe schon rein kapazitätstechnisch nicht entwickeln kann.

Natürlich ließe sich nun argumentieren, dass solche Stellen von queeren Menschen selbst eingerichtet werden sollten - was zum Teil sicher stimmt und in einer idealen Welt das beste Vorgehen wäre. In einer Zeit, in der rechte Angriffe auf linke Projekte zunehmen, ist es jedoch nicht realistisch anzunehmen, dass sich Safe Spaces einfach so etablieren können bzw. dass Bereitschaft vorhanden ist, sich diesem Projekt anzunehmen und sich im Zuge dessen derart angreifbar zu machen. Städtische Unterstützung und Initiative könnten hier den entscheidenden Unterschied machen.

Ein weiteres Problem, das auch ein Thema für sich darstellt und nur kurz an dieser Stelle angerissen werden kann, ist die Situation in Frankfurter Schulen. Schüler*innen berichten hier von weit verbreiteter Queerfeindlichkeit, v.a. Transfeindlichkeit. Der beste Ansatz hier wäre Aufklärung und Weiterbildung für sowohl Lehrer*innen als auch Schüler*innen - erneut ein Projekt, das städtischer Unterstützung würdig wäre und mit mehr Nachdruck verfolgt werden sollte als zurzeit. Solange queere Themen wie im Moment nur in freiwilligen Weiterbildungen behandelt

werden, können nur diejenigen erreicht werden, die ohnehin eine gewisse Offenheit haben. Stattdessen braucht es verpflichtende Programme.

Abschließend kommen wir noch zur PRIDE selbst: Dieses Jahr verlief die Demonstration wohl nur dank unserem Ordner*innen- und Awareness-Konzept sowie Polizeischutz ungestört, v.a. angesichts der Gegendemonstration, die von ultrareligiösen und rechtskonservativen Gruppierungen auf polnischer Seite organisiert und durchgeführt wurde. Alleine die Existenz dieser Demo zeigt jedoch schon, dass queerfeindliche Haltungen in der Doppelstadt weiterhin tief verankert sind und keinesfalls in den letzten beiden Jahren abgenommen haben. Auch unser After-Event machte es erforderlich, ein sinnvolles Security-Konzept dafür priorisiert auszuarbeiten, um die Sicherheit und den Schutz der Teilnehmer*innen, Gäste und Initiativen zu gewährleisten - gerade vor dem Hintergrund, dass wir im Jahr zuvor von Frankfurter Neonazis belästigt worden waren und uns nicht auf zuverlässigen Polizeischutz verlassen konnten. Auch hier zeigt sich wieder: Strukturelle Unterstützung ist nicht zuverlässig, nur die Unterstützung durch selbstorganisierte Initiativen ist aktuell vorhanden.

Abschließend lässt sich daher sagen: Queerness muss überall, aber gerade auch in Frankfurt, mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken und breiteren Support finden. Auch selbstorganisierte Initiativen, die nicht auf städtische Unterstützung abzielen und weiterhin unabhängig arbeiten wollen, können dies nur in einem sicheren und helfenden Umfeld. Eine konstante von rechts ausgehende Bedrohung gepaart mit dem aktuellen Eskalationspotential führt dazu, dass queere Menschen sich unsichtbar machen lassen und ihre Anliegen weniger in die Öffentlichkeit tragen. Es braucht unterstützende Strukturen, Safe Spaces mit städtisch-offiziellen Support, sowie einen starken anti-rechten Konsens, um der aktuellen besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken und weitere Fortschritte zu erzielen.



Foto: Peggy Lohse

Die extreme Rechte in Frankfurt (Oder) im Jahr 2022

Recherche Gruppe Frankfurt (Oder)

Obwohl die extreme Rechte in Frankfurt (Oder) in diesem Jahr seltener als in der Vergangenheit geschlossen in die Öffentlichkeit getreten ist, existieren weiterhin altbekannte und verfestigte Strukturen. Extrem rechte Taten finden in Frankfurt (Oder) weiterhin statt – im Zusammenhang mit Stadtfesten, Bars und Kneipen sowie den sogenannten „Montagsdemonstrationen“, ausgehend von Akteur*innen der vernetzten, gefestigten Szene. Im Folgenden eine Auswahl:

Mehrmals bedrohten Neonazis in diesem Jahr vor und aus der „Bierbar“ Ecke Bergstraße/Berliner Straße Student*innen, Jugendliche und Bewohner*innen des Hauses, in welchem sich das Lokal befindet. Am 12.11.2022 zündeten mehrere Neonazis der Kameradschaft „Wolfsschar“ auf dem Hof der Berliner Straße 24 ein Stoffbanner an und attackierten später Bewohner*innen des Hauses mit Flaschen; zudem riefen sie noch verfassungsfeindliche Parolen und sorgten für Sachschäden. Die „Bierbar“ fällt seit mehr als einem Jahrzehnt als Ort für rechte Treffen und Veranstaltungen sowie als Ausgangspunkt für Angriffe auf den Jugendverein „Utopia e.V.“ und Bewohner*innen der Berliner Str. 24 auf.^{1,2,3} Die aktuelle Inhaberin, Yvonne T., ist die Ehefrau des ehemaligen Inhabers Guido T., welcher eine weitere Schankwirtschaft im Frankfurter Stadtzentrum betreibt. Im Jahr 2013 gab der vom Brandenburgischen Verfassungsschutz beobachtete rechte Liedermacher Björn Brusak ein Konzert in der „Bierbar“. ⁴ Der damalige Inhaber, Guido T., versucht gegenwärtig, alle Schuld von sich zu weisen; er habe den Auftritt Brusaks nicht verhindern können, da er von dessen spontaner musikalischer Einlage vielmehr überrascht worden sei. Dass dies allerdings nicht der Wahrheit entspricht, zeigen die Fakten. Die Feier in der Bierbar war sehr gut besucht, sie dauerte über mehrere Stunden an, es waren viele extrem rechte Gäste zugegen, die extra für die Geburtstagsfeier in die Bar eingekehrt waren - zudem spielte Brusak eindeutige Lieder der verfassungsfeindlichen Band „Landser“. Der Vorfall in der „Bierbar“ war nicht der einzige dieser Art: Guido T., bis 2021 Inhaber der „Bierbar“, stellte in jüngeren Jahren in seiner Kneipe „Preußeneck“ der NPD Räumlichkeiten zur Verfügung ⁵ und ließ einen mehrfach

vorbestraften Neonazi hinter den Tresen der „Bierbar“ ⁶. Anwohner*innen berichten seit knapp 15 Jahren immer wieder von eindeutigen Erkennungszeichen der extremen Rechten auf den Kleidungsstücken der Barbesucher*innen.

Auch die „Südring“-Kneipe in der Leipziger Str. 115 ist Treffpunkt und überregionaler Ort der Vernetzung für Neonazis. Hinter dem Tresen steht dort regelmäßig Sven Lemke, ein stadtbekannter und mehrfach vorbestrafter Neonazi, u.a. wegen eines gemeinschaftlich begangenen räuberischen Angriffs mit einem Vorschlaghammer auf einen polnischen Staatsbürger im April 1997. ⁷ Lemke ist auch Mitglied der „Kameradschaft Kommando Werwolf“, welche vor wenigen Jahren Rechtsrock-Konzerte und extrem rechte Veranstaltungen in Frankfurt (Oder) organisiert hat. Neben Frankfurter Neonazis sind in der „Südring“-Kneipe auch extreme Rechte aus anderen Landkreisen und Bundesländern zu Gast. Häufig dort anzutreffen ist z.B. die NPD-Frontfrau Manuela Kokott. ⁸ Wegen der Gastronomieschließung in Zeiten der Corona-Lockdowns hat sich Sven Lemke außerdem eine mobile Küche zugelegt, mit der er vor der Südring Kneipe unter dem Namen „Lemmys Feldküche“, stilecht in Neonazi-Kleidung, Speisen verkauft. ⁹ Mit „Lemmys Feldküche“ ist er nunmehr nach Jacobsdorf in ein Gewerbegebiet expandiert.

Die AfD hielt ihre Stammtische und weitere Veranstaltungen in diesem Jahr regelmäßig im Lokal „Endstation Kakadu“ in Neuberesinchen ab. Seit wenigen Jahren ist auch die Gaststätte „Wupis Tränke“ am Frankfurter Stadtwald, betrieben von einem Frankfurter Stadtverordneten, mehrfach Ort für rechte Veranstaltungen geworden. Neben Buchlesungen und Konzerten von Coronaleugner*innen und Verschwörungsideolog*innen fanden dort in den letzten Jahren auch mehrere AfD-Veranstaltungen statt. ^{10,11}

Dass sich die extremen Rechten allerdings auch auf öffentlichen, städtischen Veranstaltungen treffen und dort sehr wohl fühlen, haben sie dieses Jahr erneut mehrfach bewiesen. Auf dem „Frankfurter Oktoberfest“, auf welchem auch die Frankfurter Stadtspitze zugegen war, genoss der Frank-

furter Neonazi Michael Hein gemütlich mit seiner Ehefrau Katharina Hein mehrere Biere. ¹² Michael Hein ist europaweit vernetzt bei „Combat-18“, dem terroristischen Arm des „Blood & Honour“-Netzwerkes; beide Organisationen sind in Deutschland mittlerweile verboten. Er ist weiterhin Mitglied der extrem rechten „Bruderschaft 25“ und steht in engem Kontakt zur Neonazi-Rock-Band „Oidoxie“. Während Hein als Gast das Fest besuchte, scheinen die Neonazis Peer und Franziska Koss sogar im Catering-Bereich gearbeitet zu haben. ¹³ Zusammen organisierte das Paar ab 2015 die extrem rechten Demonstrationen und Kundgebungen um die Gruppe „Frankfurt (Oder) wehrt sich“. ¹⁴

Ähnlich ungestört konnten Neonazis ihr Bier auch auf dem „AStA-Sommerfest“ der Studierendenschaft der Europa-Universität Frankfurt (Oder) trinken. Dort wurden mehrere Personen mit eindeutigen Erkennungszeichen der extremen Rechten gesichtet und dokumentiert. Auf dem volksfestähnlichen „Brückenfest“, ursprünglich als Fest zum Tag der Arbeit von der Partei „Die Linke“ zusammen mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen organisiert, konnten in diesem Jahr einige Neonazis mit ihren Familien die Atmosphäre genießen und provozierten Besuchende, unter ihnen Sven Lemke samt Familie. Beim „Bunten Hering“ war die Lage identisch, dort tanzten am 09.07.22 gar mehrere Personen in Kleidung mit rechter Symbolik ausgelassen auf dem Jüdischen Gedenkstein am Brunnenplatz. ¹⁵

Vorbildliche Polizeiarbeit ... geht anders

Nachdem Michael Kurzwelly, Vorstand des Slubfurt e.V., am 18.05.2022 brutal auf dem Gelände des Vereines angegriffen wurde, glänzte die darauf folgende Polizeiarbeit mit Rassismus und Unfähigkeit. Direkt nach der Tat eingetroffene Bundespolizist*innen sagten zu Kurzwelly nach eigenen

Aussagen, dass die Täter sicher wieder „Ausländer“ waren, obwohl Kurzwelly bei den Tätern fließendes Deutsch mit brandenburgischem Dialekt herausgehört hat. ¹⁶ Kurze Zeit später wurde das Verfahren eingestellt, da kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte. Nachdem Kurzwelly selbstständig versuchte, Informationen über die Tatverdächtigen einzuholen, bekam er innerhalb eines Tages den Namen des mutmaßlichen Täters sowie Hinweise auf seine extrem rechte Ideologie.

Als am 25.11.2022 ein 51 Jahre alter Frankfurter mitten am Tag Angehörige einer Religionsgemeinschaft in der Innenstadt mit einer Schusswaffe (!) bedrohte und den Hitlergruß zeigte, kam weder eine Warnung der Polizei für die Frankfurter Bevölkerung, noch wurde diese Tat seitens der Polizei in ihrer Pressemitteilung als politisch motivierte Tat eingeordnet. Kritisch zu betrachten ist die Polizeiarbeit in Frankfurt (Oder) vor allem im Bezug auf sog. „Racial Profiling“, also der durch äußerliche Erscheinung und Stereotypen gelenkten Arbeitsweise. So wurde im März öffentlich, dass Bundespolizist*innen am Frankfurter Bahnhof gezielt PoC kontrollieren und weiße Geflüchtete und Reisende weiterfahren ließen. ¹⁷ Dieses Verhalten wurde auch mehrfach an der Frankfurter Stadtbrücke beobachtet, wodurch PoC mit deutscher Staatsbürgerschaft oder gültigem Aufenthaltstitel in mehreren Fällen zu Unrecht als „Flüchtlinge“ angesehen, angesprochen und kontrolliert wurden. Auch nach den jüngsten gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Franz-Mehring-Str.18 kontrollieren die Polizeikräfte ausschließlich PoC-Jugendliche in Gruppen in der Karl-Marx-Str. Diese Arbeitsweise ist, wie mehrfach bundesweit gerichtlich festgestellt, rechtswidrig.

1 [is.gd/Y4FF0g](https://www.is.gd/Y4FF0g)

2 [is.gd/9WuLJh](https://www.is.gd/9WuLJh)

3 [is.gd/wqXxRU](https://www.is.gd/wqXxRU)

4 [is.gd/tB2tYh](https://www.is.gd/tB2tYh)

5 [is.gd/JumsnN](https://www.is.gd/JumsnN)
mit Verweis auf Einladung des KV Oderland 2007

6 [is.gd/8hISZ1](https://www.is.gd/8hISZ1)

7 [is.gd/ICJ3tE](https://www.is.gd/ICJ3tE)

8 vgl. eigene Aussagen von Manuela Kokott, u.a. [is.gd/Cq0III](https://www.is.gd/Cq0III)

9 [is.gd/8bBuUT](https://www.is.gd/8bBuUT)

10 Vgl. AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder): „Feier der AfD-Mitglieder bei Wupis Tränke im Waldhaus Rosengarten“, 05.07.2016, [is.gd/056Mp3](https://www.is.gd/056Mp3) und „Junge

Alternative Brandenburg in Frankfurt (Oder)“, 27.07.2016, [is.gd/nCQD7c](https://www.is.gd/nCQD7c)

11 [is.gd/2V5SQ0](https://www.is.gd/2V5SQ0) und [is.gd/NuXa5Q](https://www.is.gd/NuXa5Q)

12 [is.gd/QEmRIG](https://www.is.gd/QEmRIG)

13 [is.gd/Go6shn](https://www.is.gd/Go6shn)

14 Vgl. nur [is.gd/FoGRMf](https://www.is.gd/FoGRMf) m.w.N.

15 Augenzeug*innenbericht, Fotoaufnahmen liegen der Recherchegruppe vor

16 [is.gd/4HLMci](https://www.is.gd/4HLMci)

17 [is.gd/BZP5qf](https://www.is.gd/BZP5qf)

18 [is.gd/YnamHc](https://www.is.gd/YnamHc)








alle Quellen zuletzt aufgerufen am 21.12.2022

CHRONIK




rechter und rassistischer Vorfälle

FFO 2022

TATMOTIV/ KATEGORIE

-  Rassismus
-  Antisemitismus
-  Gegen politische Gegner*innen
-  LGBTQIA*-Feindlichkeit
-  Rechte Selbstdarstellung
-  NS-Verharmlosung/ Verherrlichung
-  Unbekannt












NACHTRAG 2021 *In kursiv gedruckte Quellen sind Links, die direkt zu Websites oder offiziellen Profilen rechter/rechtsextremer Akteur*innen führen!*

- | | | |
|---|--|---|
|  28.04.2021
Stadtgebiet, Frankfurt (Oder)
Veranstaltung | Die Polizeistatistik weist für das Datum ein rechtes Konzert im Stadtgebiet Frankfurt (Oder) aus. Näheres ist unbekannt. | Landtag Drucksache 7/5560 |
|  27.10.2021
Stadtgebiet, Frankfurt (Oder)
Pöbelelei/Beleidigung/
Bedrohung | Die Polizeistatistik weist für das Datum eine Bedrohung mit dem Kennzeichen "PMK-rechts" aus. Näheres ist unbekannt. | Landtag Drucksache 7/5560 |
|  11.12.2021
Frankfurt (Oder), genauer Ort
unbekannt
Veranstaltung | Die NPD Frankfurt (Oder) organisierte einen Stammtisch. | <i>Facebook-Post der NPD Frankfurt (Oder) vom 06.12.21: is.gd/6cPSy2 zuletzt aufgerufen am 22.12.21</i> |

DATUM ORT VORFALLSARTEN	KURZBESCHREIBUNG	QUELLE
01.01.2022 Halbe Stadt, Frankfurt (Oder) Sachbeschädigung	Noch Unbekannte beschädigten im Zeitraum vom 30.12.2021 bis zum 03.01.2022 den Briefkasten des Jüdischen Gemeindezentrums in der Innenstadt durch Böller.	Polizei Brandenburg: is.gd/eZ6Xp3
17.01.2022 Südringcenter, Frankfurt (Oder) Propaganda	Am Nachmittag des 17.01.2022 wurden Polizist*innen zum Südringcenter gerufen. In einem dort gelegenen Einkaufsmarkt hatte ein Mann Naziparolen gerufen und war dann in Richtung Straßenbahn verschwunden. Die Beamt*innen holten den 61-Jährigen am Dresdner Platz aus der Bahn.	Polizei Brandenburg: is.gd/UFcJVT
19.01.2022 Bergstraße/ Berliner Straße Propaganda	Eine Gruppe Männer trug offen extrem rechte T-Shirts mit Emblemen der Reichsbürger*innenbewegung aufgedruckt.	Augenzeug*innenbericht
31.01.2022 genauer Ort unbekannt, Frankfurt (Oder) Pöbelei/ Beleidigung/ Bedrohung	Die Polizeistatistik listet rassistische Beleidigungen auf. Die genauen Umstände sind unbekannt.	Landtag Drucksache 7/5630
10.02.2022 Aldi Nord Propaganda	Am Abend meldeten aufmerksamen Passant*innen mit Kreide gemalte Hakenkreuze.	Augenzeug*innenbericht
22.02.2022 Halbe Stadt, Frankfurt (Oder) Propaganda	Ein Graffiti zeigte den Schriftzug: "Ossis gegen Links".	Augenzeug*innenbericht
28.02.2022 Bahnhof Frankfurt (Oder) Sonstiges	Augenzeug*innen berichteten von racial Profiling und rassistischer Diskriminierung seitens der Bundespolizei gegenüber reisenden BIPoC.	RBB Panorama: is.gd/BZP5qf
04.03.2022 Thomas-Münzer Hof Propaganda	Ein Schriftzug an einem Stromkasten rief zum Mord an Antifaschist*innen auf.	Augenzeug*innenbericht
09.03.2022 genauer Ort unbekannt, Frankfurt (Oder) Pöbelei/Beleidigung/ Bedrohung	Die Polizeistatistik listet eine verhetzende Beleidigung. Genauere Umstände sind unbekannt.	Landtag Drucksache 7/5630

	10.03.2022 Ecke Bergstraße 189 Pöbelelei/Beleidigung/ Bedrohung	Ein Mann brüllte die rechte Parole "Deutschland den Deutschen".	Augenzeug*innenbericht
	10.03.2022 Bahnhof FFO Propaganda	Ein Graffiti in Bahnhofsnähe rief zum Mord an politischen Gegner*innen auf.	Augenzeug*innenbericht
	18.03.2022 genauer Ort unbekannt, Frankfurt (Oder) Propaganda	Die Polizeistatistik listet eine Volksverhetzung. Die genauen Umstände sind unbekannt.	Landtag Drucksache 7/5630
	18.03.2022 Stübiger Straße Propaganda	Unbekannte brachten an einen Laternenpfahl "SS Runen" an.	Augenzeug*innenbericht
	20.03.2022 Berliner Straße 31 Propaganda	Ein Graffiti rief zum Mord an politischen Gegner*innen auf.	Augenzeug*innenbericht
	22.03.2022 Haltestelle Magistrale Bedrohung	Zwei Männer zeigten zur Begrüßung den Hitlergruß.	Augenzeug*innenbericht
	23.03.2022 Frankfurt (Oder), genauer Ort unbekannt Propaganda	Die Polizeistatistik listet eine Volksverhetzung. Die genauen Umstände sind unbekannt.	Landtag Drucksache 7/5630
	24.03.2022 Neuberesinchen Propaganda	Am späten Abend des 24.03.2022 wurde eine Personengruppe aus drei Männern von Polizeibeamt*innen angesprochen. Eine der Personen reagierte aggressiv, beleidigte die Beamt*innen und rief eine Naziparole.	Polizei Brandenburg: is.gd/NdP4aE
	06.04.2022 Bahnhof FFO Propaganda	Nach einem Bürgerhinweis bezüglich eines beobachteten tätlichen Angriffes trafen Polizeibeamte auf einen 22-jährigen Mann („keine unbekannte Größe“) mit Verletzungen an Kopf Hand. Dieser zeigte den sog. „Hitlergruß“ und rief Naziparolen. In seiner Wohnung wurden eine Luftdruckpistole sowie Utensilien zum Drogenkonsum gefunden. Ermittlungen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verstoß gegen das Waffen- und das Betäubungsmittelgesetz wurden eingeleitet.	Polizei Brandenburg: is.gd/BI1Nm2
	21.04.2022 Lenné Passagen, Große Scharnstraße, Magistrale, Hanewald Propaganda	Augenzeug*innen meldeten einen nationalistischen Sticker mit islamfeindlichen Parolen im Innenstadtbereich.	Augenzeug*innenbericht

	01.05.2022 Oderpromenade I Konzerthalle Bedrohung	Lokale Neonazis beleidigten und bedrohten Personen auf dem Frankfurter Brückenfest.	Augenzeug*innenbericht
	02.05.2022 Aldi Nord, Bergstraße Propaganda	Augenzeug*innen meldeten einen Sticker einer lokalen rechtsextremen Kameradschaft.	Augenzeug*innenbericht
	18.05.2022 Stübfurt e.V. Angriff	Am 18.05.2022 wurde der Verein Stübfurt angegriffen. Die Täter setzten zunächst Gartenmobiliar in Brand und griffen dann Michael Kurzwelly an, Künstler, Initiator und Projektverantwortlicher des Stübfurt e.V., der die Täter verbal konfrontieren wollte. Michael Kurzwelly wurde in der Folge schwer verletzt. Die Polizei stellte die Ermittlungen zuerst recht zügig wieder ein. Erst durch öffentlichen Druck ließen sich die Beamten nochmal dazu motivieren ihre Ermittlungstätigkeit wieder aufzunehmen.	MOZ-Artikel is.gd/4HLMci
	01.06.2022 Orsay Filiale, Frankfurt (Oder) Sonstiges	Einer Schülerin aus Frankfurt (Oder) wurde ein Praktikum in einer "Orsay"-Filiale verweigert, weil sie ein Kopftuch trägt. Nach Rücksprache mit der Bezirksleitung von "Orsay" wäre ihr Praktikum nur möglich gewesen, wenn sie ihr Kopftuch abgelegt hätte.	MOZ-Artikel is.gd/Luc2UO
	01.06.2022 Radweg Oderwiesen Propaganda	An neben dem Radweg befindlichen Betonwänden wurden von Unbekannten mehrere Hakenkreuze angebracht.	Zeug*innenaussagen
	05.06.2022 Fürstenwalder Str. Sonstiges	Der Stolperstein für Paula Loewenstein wurde entwendet. Die Verlegung für den Stolperstein fand am 13.11.2009 statt, der Stolperstein für Paula Loewenstein wird wieder eingesetzt.	Stolpersteine FFO is.gd/nVIWZy
	06.06.2022 Frankfurt (Oder), West, genauer Ort unbekannt Propaganda	Nach einem Zeug*innenhinweis sprachen Polizisten am 06.06.2022 zwei Kinder im Alter von jeweils 12 Jahren in der Maxim-Gorki-Straße an, die zuvor an einem in der Nähe befindlichen öffentlichen Gebäude Schmierereien angebracht hatten. Dabei handelte es sich u.a. um Zahlenkombinationen und um Hakenkreuze. Die Polizeibeamt*innen nahmen Anzeigen wegen Sachbeschädigung und wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf.	Polizei Brandenburg: is.gd/OZxH6T
	08.06.2022 Frankfurt (Oder), ge- nauer Ort unbekannt Angriff	Eine Person griff eine andere Person körperlich an und beschädigte dessen Auto. Die Motivation des Täters war ein vermutete Migrationshintergrund der angegriffenen Person.	Landtag Drucksache 7/6300

	10.06.2022 Frankfurt (Oder), ge- nauer Ort unbekannt Angriff	Ein Mann versuchte eine andere Person aus rassistischem Motiv zu überfahren.	Augenzeug*innen- bericht
	22.06.2022 Brunnenplatz Sonstiges	Ein Mann zeigte beim Sommerfest des AStA Viadrina offen eine tätowierte schwarze Sonne.	Augenzeug*innen- bericht
	22.06.2022 August-Bebel-Straße Propaganda	Augenzeug*innen meldeten ein Graffiti, welches die schwarze Sonne zeigte.	Augenzeug*innen- bericht
	09.07.2022 Bahnhof FFO Pöbelei/Beleidigung/ Bedrohung	Eine große Gruppe Menschen bepöbelte Personen mit Kopftuch.	Augenzeug*innen- bericht
	09.07.2022 Oberer Brunnenplatz Sonstiges	Mehrere Personen tanzten während des Stadtfestes "Bunter Hering" am oberen Brun- nenplatz auf dem Gedenkstein der zerstörten Synagoge in Frankfurt (Oder). Sie trugen Kleidung der rechtsextremen Szene.	Augenzeug*innen- bericht
	18.07.2022 Innenstadt Veranstaltung	Bei einer Veranstaltung der Frankfurter Frei- geister wurden Pressevertreter der Oderwel- le angegriffen. Ein Ordner führte eine Flagge des sog. Deutschen Reiches mit sich.	Oderwelle is.gd/qluQZu
	26.07.2022 Zentrum Propaganda	Eine Person rief "Sieg Heil" und zeigte den Hitlergruß.	Augenzeug*innen- bericht
	31.07.2022 Tram-Haltestelle-Mar- kendorf-Siedlung Propaganda	Augenzeug*innen meldeten ein Auto, wel- ches mit einem Reichsadler und dem Eiser- nen Kreuz bedruckt war.	Augenzeug*innen- bericht
	05.08.2022 Pablo-Neruda-Block Propaganda	In einem Hauseingang wurden Flyer mit ras- sistischer Propaganda des III. Weges ange- bracht.	Augenzeug*innen- bericht
	19.08.2022 Berliner Straße 24 Bedrohung	Eine Gruppe Männer beleidigte und bedrohte Anwohnende, die als politisch Andersden- kende eingeschätzt wurden, mit körperlicher Gewalt. Die Personen trugen z.T. T-Shirts mit rechten Aufdrucken, darunter eine schwarze Sonne.	Augenzeug*innen- bericht
	23.08.2022 Rathausplatz Propaganda	In Redebeiträgen auf der sog. Montagsdemo werden diverse Narrative rechter Verschwö- rungsmythen geäußert. Bsp.: Leugnung der Klimakrise, Bezeichnung von Covid-19 als Affenpocken, Bezeichnung Deutschland als Diktatur und Aberkennung der Unabhängig- keit der Justiz.	MOZ-Artikel is.gd/ttGHjv

	04.09.2022 Innenstadt Frankfurt (Oder) und Słubice Propaganda	Der Słubice Frankfurt (Oder) Pride wurde von fundamentalistischen und rechten Gegenprotesten begleitet. Es kam zu LGBTQIA+-feindlicher Propaganda und Beleidigungen.	MOZ-Artikel is.gd/9CXW1C
	06.09.2022 Karl-Marx Straße Bedrohung	Ein Autofahrer äußerte seinen Unmut über eine Demonstration zu steigenden Mieten und Heizkosten mit einem Hitlergruß.	Augenzeug*innenbericht
	14.09.2022 Thomas-Münzner-Straße Sachbeschädigung	Die "Bank gegen Rassismus" vor der Kirche „Heilig Kreuz“ wurde 10 Tage nach der Installation zerstört, sowie ein Fenster der Kirche mit einem Stein eingeworfen.	MOZ-Artikel is.gd/jp6sHC
	15.09.2022 Innenstadt Propaganda	Auf der sog. Montagsdemonstration wurde u.a. mittels eines Plakates der antisemitische Verschwörungsmythos des "Great Reset" verbreitet.	Augenzeug*innenbericht
	30.09.2022 Bahnhofsstraße Bedrohung	Bei einer Demonstration für Solidarität mit den Protestierenden im Iran wurde aus dem vorbeifahrenden Auto einer lokalen Maleireifirma "Ausländer raus!" gerufen.	Augenzeug*innenbericht
	03.10.2022 Rathausplatz Propaganda	In Redebeiträgen auf der sog. Montagsdemonstration äußerte Ingo Passow diverse Narrative rechter Verschwörungsmysen. Bsp.: Elemente der Reichsbürgerideologie, Aberkennung der Legitimität des Grundgesetzes sowie der freien Wahlen.	MOZ-Artikel is.gd/jp6sHC
	11.10.2022 Innenstadt Pöbeleien/ Beleidigung/ Bedrohung	Personen, die mit ukrainischer Flagge am Rande der sog. Montagsdemonstration stehen, wurden beleidigt. Es fielen Äußerungen mit antislawischem Rassismus als Hintergrund.	Augenzeug*innenbericht
	17.10.2022 Rathausplatz Propaganda	In Redebeiträgen auf der sog. Montagsdemonstration äußerte Wilko Möller diverse Narrative rechter Verschwörungsmysen, dabei verwendet er rassistische Rhetorik bzgl. Migrationspolitik. In einem anderen Redebeitrag wurde Covid-19 geleugnet und die hetzerische Falschmeldung verbreitet, dass OB René Wilke 100.000 Migranten in FFO "ansiedeln" wollen würde.	MOZ-Artikel is.gd/4aH6vX
	01.11.2022 Beckmannstraße Propaganda	Eine Personengruppe rief "Sieg Heil" und stimmte ein menschenverachtendes Lied an.	MOZ Artikel v. 01.11.2022
	03.11.2022 Zehmeplatz Propaganda	Die Identitäre Bewegung verteilte Flyer am Zehmeplatz.	Augenzeug*innenbericht
	07.11.2022 Rathausplatz Propaganda	In einem Redebeitrag auf der sog. Montagsdemonstration verbreitete Michael Hauke Verschwörungsmysen bzgl. Covid-19.	MOZ-Artikel is.gd/WkmreE

	<p>12.11.2022 Berliner Str. Angriff</p>	<p>Am Abend des 12.11.2022 versuchten Personen einer rechtsextremen Gruppe, mutmaßlich der „Wolfsschar“ (wir berichteten 2021), eine Holzterrasse der Flexiblen Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V. im Hinterhof der Berliner Straße 24, in dem auch der Utopia e.V. seinen Vereinssitz hat, anzuzünden. Davor und danach versammelten sich die Täter*innen in der im gleichen Haus gelegenen „Bierbar“. Im weiteren Verlauf des Abends stürmte die aggressiv aufgeladene Gruppe noch einmal den Hinterhof des Hauses, griff Bewohner*innen mit Bierflaschen und Steinen an und versuchte gewaltvoll mehrere Haustüren aufzubrechen. Während des Angriffes erfolgten Hitlergrüße der Angreifenden sowie mehrere antisemitische, sexistische und LGBTQIA+-feindliche Beleidigungen begleitet von schweren Gewaltandrohungen.</p>	<p>Polizei Brandenburg: is.gd/lcgcby</p>
	<p>12.11.2022 Schmalzgasse Pöbele/Beleidigung/ Bedrohung</p>	<p>Die o.g. Gruppe beleidigte eine Gruppe Menschen rassistisch.</p>	<p>RBB is.gd/RgrSez</p>
	<p>12.11.2022 Innenstadt Propaganda</p>	<p>Augenzeug*innen meldeten ein an einer Straßenlaterne angebrachtes Hakenkreuz und den Spruch "verpisst euch" in russischer Sprache.</p>	<p>Augenzeug*innenbericht</p>
	<p>26.11.2022 Fürstenwalder/Poststraße Veranstaltung</p>	<p>In einem Waldlokal fand ein Konzert des antisemitischen Künstlers Björn Banane statt.</p>	<p>Augenzeug*innenbericht</p>
	<p>28.11.2022 Innenstadt Bedrohung</p>	<p>Ein betrunkenener Mann drohte einer Religionsgemeinschaft mit einer Waffe und zeigte den Hitlergruß.</p>	<p>MOZ Artikel v. 28.11.2022 is.gd/tyuNok</p>
	<p>10.12.2022 Oberer Brunnenplatz Sachbeschädigung</p>	<p>In der Nacht zum 10.12. wurde der Gedenkstein für die jüdische Synagoge geschändet. Blumengebinde wurden vom Gedenkstein gerissen und Kerzen auf die Straße geworfen.</p>	<p>RBB is.gd/7je94D</p>
	<p>11.12.2022 Beckmannstraße 25 Sonstiges</p>	<p>Auf der vermeintlich "legendären" Foxy Night in der Tanzbar "Bellevue" wurde einer Person aufgrund eines fehlenden deutschen Passes der Eintritt verwehrt mit der Aussage, dass nur deutsche Staatsbürger auf die Veranstaltung dürften.</p>	<p>Augenzeug*innenbericht</p>
	<p>17.12.2022 Leipziger Platz Bedrohung</p>	<p>Ein 22-jähriger Mann hielt sich trotz Hausverbot in einem Bistro am Leipziger Platz auf. Als er aufgefordert wurde, das Bistro zu verlassen, äußerte er sich rassistisch und zeigte den Hitlergruß. Der Mann wurde zur Verhinderung weiterer Straftaten von der Polizei in Gewahrsam genommen.</p>	<p>Polizei Brandenburg: is.gd/OUidGD</p>

Weiterführende Links und Ansprechstellen

Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt (Oder)

Recherche- und Informationsgruppe mit dem Anliegen, der interessierten Öffentlichkeit fundierte Informationen zu Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten zur Verfügung zu stellen.

recherchegruppeffo.noblogs.org/kontakt

BORG MOL

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt für den Landkreis MOL.

horte-srb.de/borg

Bündnis Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)

Lokales Aktionsbündnis gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und andere Formen der Diskriminierung.

kein-ort-fuer-nazis.org

Melde- und Vermittlungsstelle für rechte Vorfälle in Frankfurt (Oder)

Aus der Erstellung dieser Chronik hervorgegangene Meldestelle für rechte Vorfälle jeglicher Art in Frankfurt (Oder) mit dem Angebot zur Weitervermittlung an Beratungs- oder Unterstützungsstellen.

rechtevorfaelle-ffo@riseup.net

Mobiles Beratungsteam

Das Mobile Beratungsteam berät, moderiert und informiert um die Themenkomplexe Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltprävention in Brandenburg.

gemeinwesenberatung-demos.de/mobile-beratungs-teams

Netzwerk Toleranz und Integration

Zivilgesellschaftliches Bündnis zur Integration und Inklusion von Minderheiten, Migrant*innen und sozial benachteiligten Menschen.

leben-in-mol.de/index.php/nti

Opferperspektive e.V.

Landesweite Beratungsstelle für professionelle Beratung von Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren Freund*innen, Angehörige und Zeug*innen.

opferperspektive.de

RIAS Brandenburg

Projekt der Fachstelle Antisemitismus zur Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Brandenburg.

report-antisemitism.de

Utopia e.V.

Ein seit 1998 bestehender Verein aus Frankfurt (Oder), der sich mit antifaschistischer, antirassistischer und antisexistischer Kultur- und Bildungsarbeit beschäftigt.

utopiaffo.noblogs.org

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF und Kontakte zu Beratungsstellen in ganz Deutschland zu finden.

verband-brg.de

Vielfalt statt Einfalt

Überparteiliche Initiative von interessierten und engagierten Menschen fast aller Bevölkerungsschichten der Stadt Frankfurt (Oder) und Umgebung, u.a. mit Angeboten von Projekten, Vernetzungsmöglichkeiten und Beratung von, für und mit geflüchteten Menschen.

vielfalt-statt-einfalt-frankfurt-oder.de

VVN-BdA Frankfurt (Oder)

Überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen.

frankfurtoder.vvn-bda.de

Women in Exile

Selbstorganisierte Initiative von Geflüchteten Frauen, um für ihre Rechte zu kämpfen.

women-in-exile.net

**An den Laternen
auf deinem Heimweg
kleben Neonazi-Sticker?**

**Du wurdest aus rassistischen
Gründen beim Einkauf im
Supermarkt beleidigt?**

**Du bist Zeug*in eines
rechten Vorfalls geworden?**

Melde uns deine Vorfälle! Unsere Erfassung und Veröffentlichung rechter Vorfälle ist nur möglich durch aufmerksame Melder*innen wie dich!

Hilf mit unsere Chronik und unser Wissen über rechte Vorfälle in Frankfurt (Oder) zu erweitern.

rechtevorfaelleffo@riseup.net
Whatsapp, Telegram oder Signal:
+49 163 1556003